

Eberhard Stein

„Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen!“

MfS und SED im Bezirk Erfurt

(Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5)

Bitte zitieren Sie diese Online-Publikation wie folgt:

Eberhard Stein: „Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen!“ MfS und SED im Bezirk Erfurt. Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5 (BF informiert 22/1999).

<http://www.nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0292-97839421306399>

Mehr Informationen zur Nutzung von URNs erhalten Sie unter

<http://www.persistent-identifier.de/>

einem Portal der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Bundesbeauftragte
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Abteilung Bildung und Forschung
10106 Berlin
E-Mail: publikation@bstu.bund.de

Die Meinungen, die in dieser Schriftenreihe geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassungen
der Autoren wieder. Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der
Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

Schutzgebühr für diese Lieferung: 2,50 €

Berlin 1999

ISBN 978-3-942130-63-9

urn:nbn:de:0292-97839421306399

Inhalt

Einleitung	3
1. Flucht und Aufbruch	5
2. Oppositionelle Gruppen im Visier des MfS	15
3. Der Weimarer Brief und die Emanzipation aus dem „Block“	24
4. Der Übergang zum AfNS. Der Rückzug beginnt	28
5. Die Herbstereignisse in Mühlhausen aus der Sicht des Leiters der Kreisdienststelle	35
6. Die Zeit des Bürgerkomitees	39
7. Stimmen von Zeitzeugen	45
Schlußbetrachtung	53
Abkürzungsverzeichnis	56
Angaben zum Autor	58

Einleitung

Die Ereignisse vom Sommer und Herbst 1989 im ehemaligen Bezirk Erfurt und ihr spezifischer Niederschlag im Apparat der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit entsprechen weitgehend denen in der übrigen DDR. Die Daten des Umbruchs in der DDR sind bekannt. Sie unterscheiden sich an den verschiedenen Orten des Landes nur unwesentlich. Abweichungen bestehen zunächst darin, daß es hier in den ländlichen Gebieten, aber auch in den größeren Städten, auf den Straßen noch ruhig blieb, als in Leipzig und anderen Zentren des Umbruchs bereits große Demonstrationen stattfanden. Dazu kam es in dem ehemals größten Thüringer Bezirk erst spät in der zweiten Oktoberhälfte. Zu dieser Zeit hatte der Verlauf der Demonstrationen in der DDR längst einen friedlichen Charakter angenommen. Es gab hier keine Konfrontation in Form offener Gewaltanwendung. Eine Ausnahme im Bezirk bildete die Kreisstadt Arnstadt, wo es am 7. Oktober, dem letzten Jahrestag des ostdeutschen Staates, zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen war.¹

Größere Veranstaltungen oppositioneller Gruppen fanden seit den letzten Septembertagen statt. Zuerst am 26. September im Erfurter Augustinerkloster, zwei Tage später in der Weimarer Jacobskirche, in den nächsten drei Wochen in fast allen bedeutenden Städten des Bezirkes. Im Oktober wurden auch die meisten ländlichen Gebiete erfaßt. Erst im November geriet das katholische Eichsfeld in Bewegung. MfS-Offiziere vermuteten jedoch eine größere Radikalität dieser Bevölkerung. Dies kann ein Grund dafür sein, daß Akten aus den Eichsfelder Kreisdienststellen der Stasi in größerem Umfang als anderswo vernichtet worden sind. Das war Handeln auf eigene Faust, veranlaßt möglicherweise durch die Leiter der Kreisdienststellen.²

¹ In Arnstadt fand am 7.10.1989 eine der ersten Protestdemonstrationen in Thüringen statt. Die Demonstranten versammelten sich auf dem Holzmarkt und entrollten Plakate mit der Aufschrift „Gorbi hilf“ und „Wir wollen Reformen“. Sie wurden an der nächsten Kreuzung von starken Polizeikräften, darunter Hundeführer, aufgehalten und eingekreist, die mit Helmen, Schildern und Schlagstöcken ausgerüstet waren. Nach der ergebnislosen Forderung zur Auflösung der Demonstration wurden die Teilnehmer in Richtung Stadtpark abgedrängt und auseinandergeknüppelt. Augenzeugen sprechen von sechs abgeführten Personen und einer nicht genau bekannten Anzahl von Verletzten. Nach Angaben von Polizeiberichten waren es ca. 300 Menschen, die sich in der Innenstadt um 14.15 Uhr in Bewegung setzten. Die Polizei brauchte für ihren Aufmarsch etwa eine Stunde. Um 15.30 Uhr wurde die Auflösung der Demonstration durch Polizeikräfte mit Spezialausrüstung befohlen. Erst gegen 16 Uhr waren die meisten Demonstranten der Gewalt gewichen. Ein Teil von ihnen hatte in der Johannes- und in der Bachkirche Zuflucht gesucht. Der Polizeibericht meldete eine nicht näher benannte Anzahl „Zuführungen“ von Personen beiderlei Geschlechts. Vgl. Andrea Herz und Bernhard Lißner: Vom Sicherheitseinsatz 40. Jahrestag zur verordneten Polizeidemonstration (Januar 1990), hrsg. vom LStU Thüringen, Hauptstaatsarchiv Weimar 1995, S. 31 f.

² Diese Einschätzung trafen ehemalige MfS-Offiziere, die sich auf Gespräche mit ihren Eichsfelder Kollegen im Jahre 1989/90 berufen. Außer der Furcht vor einer möglichen Aggressivität der

Vorweggenommen werden soll hier die Tatsache, daß die Probleme, die Fragen und die Proteste, die auf Straßen und Plätzen lautstark artikuliert wurden, auch die Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung – wenngleich in abgeschwächter Form – diskutierten und Forderungen aufstellten. Der zentrale Repressionsapparat des SED-Staates hatte Risse und Brüche bekommen. Ehemalige Offiziere sagen, daß sie das MfS ab Mitte November nicht mehr für handlungsfähig hielten. Hinzu kam, daß sich die Polizei zunehmend von den alten Sicherheitsstrukturen distanzierte und sich ab Ende Oktober als „Sicherheitspartner“ der Demonstranten gefiel. Die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ waren zu diesem Zeitpunkt bereits tief demoralisiert.

Es ist davon auszugehen, daß der Apparat der Staatssicherheit mit seinen spezifischen Mitteln bereits im Sommer 1989 der Situation nicht mehr gewachsen war. Im Jahre 1988 zählte die Bezirksverwaltung Erfurt 2.915 Mitarbeiter. Es ist nicht genau auszumachen, wie viele von ihnen zur Bearbeitung von Erscheinungen zivilen Ungehorsams eingesetzt wurden. Es werden nur wenige Hunderte gewesen sein. Von ihnen hatte jeder nach Auskunft ehemaliger Offiziere maximal zehn inoffizielle Mitarbeiter. Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR hat im Schnitt 7,5 IM pro hauptamtlichen Mitarbeiter ermittelt.³ Dies reichte bei einer Bevölkerungszahl von 1,3 Millionen im Bezirk nicht aus, um gegen massenhaften Ungehorsam tatsächlich wirksam zu werden – nimmt man einmal den militärischen Ernstfall aus, der zu diesem Zeitpunkt noch möglich gewesen wäre.

Weshalb die Bezirksverwaltung Erfurt republikweit die erste war, die von mutigen Bürgern besetzt wurde, ist letztlich nicht mit Sicherheit festzustellen. Vermutlich hat eine Rolle gespielt, daß das Gebäude der Bezirksverwaltung unmittelbar neben dem Domplatz steht, wo die großen Kundgebungen mit Zehntausenden Menschen stattfanden. Nur war die Besetzung nicht die Folge einer Demonstration, wie im Falle der Leipziger Stasi-

Bevölkerung spielte auch die Grenznähe eine Rolle. Die Offiziere, nun teilweise schon beim Zoll, erlebten den ungeheuren Ansturm in Richtung Westen an den alten und neuen Grenzübergangsstellen. In eine solche Situation gesetzt, sei man relativ zeitig zu der Überzeugung gekommen, daß die DDR und mit ihr auch das MfS in kurzer Zeit untergehen werden.

³ Aus einem von Christian Hoffmann angefertigten Strukturschema der BV Erfurt (Stand 1988) geht hervor, daß in der Abt. XX 51 Mitarbeiter 430 IM führten. Außerdem gab es 607 offizielle Kontaktpersonen. In den 13 KD waren maximal 100 und minimal 33 Hauptamtliche beschäftigt. Insgesamt waren im Bereich der BV Erfurt zu diesem Zeitpunkt 2.915 Mitarbeiter tätig, davon 726 in den KD. Vgl. Strukturschema der BV Erfurt; BStU, ASt Erfurt, Informations- und Dokumentationszentrum (IDZ).

Vgl. Andrea Herz: Das MfS in Thüringen, Erfurt 1994, S. 4. Die Autorin kommt zu folgendem Schluß: „In Thüringen waren unmittelbar vor der Wende noch etwa 19.000 Personen mehr oder weniger aktiv für das MfS tätig – das war einer von je etwa 135 Einwohnern in den drei Thüringer Bezirken.“

Die Entwicklung des MfS in Thüringen wird durch folgende Zahlen deutlich: 1950 gab es 150 Mitarbeiter. Zum Zeitpunkt des Mauerbaus 1961 waren 1.700 Hauptamtliche in den drei Thüringer Bezirken tätig. Ihre Zahl stieg bis zum Jahre 1986 auf 6.500 an. Vgl. ebenda.

Zentrale – es war am 4. Dezember –, sondern Erfurter Bürgerinnen und Bürger hatten sich in den Morgenstunden dazu entschlossen, weil dicke Rauchschwaden auf die Vernichtung von Akten hindeuteten.⁴ Die Initiative dazu war vor Ort vor allem von Frauen ausgegangen.

Akten und Dokumente des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bieten für eine Analyse der Ereignisse dieses stürmischen Herbstes ein abstraktes Gerüst, dessen Nutzung unerlässlich ist. Die Dokumente belegen die Dinge, erklären sie aber zum Teil nur unzureichend. Hinzu kommt der Umstand, daß die Archivierung des nichtpersonen-gebundenen Aktenmaterials in der Außenstelle Erfurt des Bundesbeauftragten noch im Gang ist. Das bedeutet eine nur bedingte Zugriffsmöglichkeit. Von der Möglichkeit einer geschlossenen Dokumentation kann deshalb keine Rede sein.

Wenn wir die Ereignisse aus der historisch kurzen Entfernung betrachten, so ergeben sich trotz und wegen dieser kurzen Zeitspanne Schwierigkeiten. Vieles, was sich dazwischen ereignet hat, verstellt in eigener Weise die Sicht und die Motive von damals, zumindest bei denen, die im Herbst 1989 zu den aktiv Handelnden gehörten. Das impliziert die Tatsache, daß der Weg zur persönlichen Wahrheit allzuoft nur der Weg zur persönlichen Rechtfertigung ist. Trotz dieses Einwandes ist aber die Aussage von Zeitzeugen unerlässlich. Der Autor hat es für selbstverständlich erachtet, Vertreter der Bürgerrechtsbewegung und der Staatssicherheit zu befragen. Die Wahrheit ist in ihrem Charakter nicht subjektiv, sie ist der stetige Versuch, die vielfältigen Verwicklungen des Geschehenen möglichst umfassend zu erhellen. Ganz und gar vermag man das nie.

1. Flucht und Aufbruch

Jeder, der wachen Sinnes die Sommerwochen des Jahres 1989 durchlebte, spürte die herannahende Entladung der über viele Jahre angestauten Konfliktstoffe. In welcher Weise das geschehen sollte, war freilich noch gänzlich ungewiß. Die Erwartung war bange und die allgemeine Stimmungslage eher depressiv. Die Fälschung der Kommunalwahlergebnisse war gerade deshalb so verhängnisvoll gewesen – zuerst für Oppositionelle und später für die Führungsebenen der SED –, weil sie die Hoffnung zerstörte, daß die Proteststimmung im Lande sich in irgendeiner Weise im Wahlergebnis niederschlagen und so ein öffentliches Warnzeichen gegen den unverändert sturen Kurs der SED-Spitze

⁴ Diesen Fakt bezeugen Bürger, die am Morgen des 4.12.1989 an der Besetzung des Bezirksamtes teilgenommen haben. Auf dem Gelände des Innenhofes, der von außen nicht einsehbar war, wurde nach der Besetzung ein Verbrennungsofen entdeckt.

gesetzt werde.⁵ Statt dessen hatten die Machthaber ziemlich unverhohlen mit einer „chinesischen Lösung“ gedroht. Insbesondere lobte der Chef der SED-Bezirksleitung, Gerhard Müller, in mehreren Reden während der Sommermonate die blutige Niederschlagung der Studentenunruhen in China als beispielgebend. In einem Schlußwort auf der Sitzung der Bezirksleitung der SED erklärte Müller: „Die Reaktion der KP Chinas auf die Konterrevolution war absolut richtig.“⁶ Gleichzeitig attackierte er in scharfer Weise Kirche und Opposition in seinem Machtbereich:

„Was er [der Erfurter Probst Heino Falcke] tun soll, können wir ihm sagen: Er kann das Evangelium predigen, Taufen und Begräbnisse durchführen, die Glückseligkeit im Himmel verkünden. Er soll aber endlich aufhören, gegen unseren sozialistischen Staat zu hetzen. Für das Wohl des Volkes sorgen wir auf Erden. Wir sagen ganz deutlich, mit aller Konsequenz werden wir gegen die Feinde der Arbeiter- und Bauern-Macht vorgehen. Eine innere Opposition wird es in der DDR nicht geben.“⁷

Der SED-Chef des Bezirkes hatte Informationen aus erster Hand, die auf den Zerfall des sozialistischen Weltsystems hinwiesen. Im März hatte die Sekretärin für Ideologie des ungarischen Partnerkomitats Győr-Sopron, Maria Kreiter, anlässlich eines Besuches in Erfurt von der Trennung von Partei und Staat in Ungarn sowie von der Existenz von

⁵ Vgl. „Abschlußbericht zur operativen Aktion ‘Symbol 89’“; BStU, ASt Erfurt, BdL 1989, vorsortiertes Material. Darin konstatierte die KD Erfurt im allgemeinen einen störungsfreien Verlauf der Kommunalwahlen. Der Bericht gibt aber auch Aufschlüsse zu Details der Manipulation der Wahlergebnisse. Die in den Medien veröffentlichte Zahl der Gegenstimmen betrug 413. Das MfS hatte da aber ganz andere Zahlen: „Inoffiziell wurde herausgearbeitet, daß insgesamt 948 Gegenstimmen ausgezählt wurden und als Information dem 1. Sekretär der Stadtleitung der SED vorlag.“ Erwähnung fand in dem Papier auch, daß „feindlich-negative Kräfte“ insgesamt 36 Wahllokale aufgesucht hatten, um die Auszählung der Stimmen zu überwachen. Sie hatten 646 Nein-Stimmen registriert. Diese durch die Basisgruppen erarbeiteten Erkenntnisse waren Grundlage für das Evangelische Ministerium in Erfurt, Einspruch gegen das Wahlergebnis beim Stadtsekretariat der Nationalen Front vorzunehmen (gleiches Schreiben ging auch an den Nationalrat der Nationalen Front). Die Erfurter evangelische Kirchenführung forderte in dem Schreiben die Überprüfung des Wahlergebnisses von Erfurt-Stadt und plädierte gegebenenfalls für Neuwahlen. Der offensichtliche Wahlbetrug war auch Gegenstand einer Kanzelerklärung Erfurter Pfarrer vom 18.5.1989.

Das Papier der Erfurter KD enthält aber auch Zweifel an der Vorgehensweise von SED- und Staatsfunktionären: „Inoffiziell wurde unserer Dienstseinheit bekannt, daß am 6.5.1989 vom Rat des Stadtbezirkes Erfurt-Nord das Wahlergebnis für den Stadtbezirk ‘Roter Berg’ mit 99,24 % festgelegt wurde. Durch die Quelle wird in diesem Zusammenhang die Befürchtung geäußert, daß aufgrund der Tatsache des Wissens von mehreren Personen von dieser ‘Festlegung’ ein Informationsabfluß möglich ist. Im gleichen Zusammenhang wird von der Quelle die Meinung vertreten, daß wir so etwas absolut nicht nötig hätten und im Falle einer Verbreitung dieser Information unserer Politik unnötigen Schaden zufügen.“

Aus dem Abschlußbericht über die Überwachung der Wahl durch die KD Gotha geht hervor, daß die Anzahl der Nichtwähler zum Teil mehr als zehnmal so hoch war wie die veröffentlichte Zahl.

⁶ Vgl. „Wir können ja hier offen reden...“ Äußerungen vom Politbüro kandidaten und Erfurter Bezirkschef Gerhard Müller. Eine Dokumentation von Heinz Mestrup und Dietmar Remy, Erfurt 1997, S. 162.

⁷ Ebenda, S. 161.

200 oppositionellen Gruppen im Komitatsgebiet berichtet.⁸ Müller bezog sich in den folgenden Monaten in seinen Reden häufig auf die ungarischen Ereignisse.

Ähnlich nervös und aggressiv äußerten sich auch nachgeordnete Funktionäre: In einer Rede auf einer Sitzung der SED-Stadtleitung im Juli 1989 griff deren Chef, Lutz Stelzner, den Erfurter Pfarrer Karl Metzner an: „Wir gestatten weder Pfarrer Metzner noch anderen Einmischungen in die Staatsfragen der DDR, und wir handeln auch wie stets in unserer Geschichte danach: ‘Wer die Hand gegen die Macht der Arbeiter und Bauern erhebt, muß damit rechnen, Kopf und Kragen zu verlieren’.“⁹ Der Pfarrer hatte mit einer kleinen Gruppe eine Petition an den DDR-Staatsrat gerichtet, in der das brutale Vorgehen der chinesischen Machthaber kritisiert wurde.

Unter diesen Umständen erschienen Hoffnungen auf positive politische Veränderungen oder sogar Reformen nach dem Beispiel der sowjetischen Perestroika verloren, und man sah sich – dies trifft vor allem auf die Provinz zu – ohne greifbare Perspektive. Jedoch war die weitverbreitete Wut über die unverfrorene Wahlmanipulation eine Art Zeitzünder für den Ausbruch des Volkszorns in den Herbstmonaten, denn gerade Wahlen in kommunistischen Staaten bergen die heikelste Problematik solcher Machtstrukturen, nämlich den grundsätzlichen Mangel an wirklicher Legitimation.

Gruppen von Unzufriedenen formierten sich vor allem im Bereich der „Offenen Arbeit“ der evangelischen Kirchen, nicht ohne Konflikt mit der jeweiligen Kirchenleitung. Aus ihnen bzw. ihrem Umkreis rekrutierten sich wenige Wochen später die tonangebenden Personen des Neuen Forums. Eine der bedeutendsten Gruppen der „Offenen Arbeit“ mit ca. 30 bis 40 Mitgliedern hatte das Erfurter Joseph-Lang-Haus als Tagungsort. In der Stadt gab es weiterhin die Ökologie-Gruppe „OASE“ mit etwa 25 Mitgliedern und seit 1987 den „Christlichen Arbeitskreis ‘Albert Schweitzer’“, dem zehn bis 15 Personen angehörten. Ab 1987 existierte im Rahmen der Erfurter Stadtmission eine Arbeitsgruppe „Homosexuelle“, die sich gegen ihre Diskriminierung in der DDR-Gesellschaft wandte, sowie eine Arbeitsgruppe „Stadt- und Wohnumfeld“, deren Mitglieder vor allem gegen den geplanten Abriß des historischen Andreasviertels mobil machten. Im Herbst 1989 wirkte im Lang-Haus die „Bürgerinnen-Initiative für Veränderungen“.¹⁰ In Weimar gab es

⁸ Vgl. Hauptstaatsarchiv Weimar, Bezirksparteiarchiv (BPA), Archiv Bezirksleitung (AR BL) 3490. In dem Gespräch mit Kreiter war auch von 1.000 Parteiaustritten sowie Morddrohungen gegen führende ungarische Parteifunktionäre die Rede.

⁹ Stephan Schnitzler: Der Umbruch in der DDR auf kommunalpolitischer Ebene. Eine empirische Studie zum Demokratisierungsprozeß von 1989/90 in der Stadt Erfurt, Göttingen 1996, S. 21 f.

¹⁰ Die Nervenärztin Kerstin Schön äußerte sich folgendermaßen zur Entwicklung der Erfurter Fraueninitiative: „Es gab vor der Wende vier Gruppen in Erfurt. Das war zunächst der Kreis um die Schriftstellerin Gabi Kachold [...]. Dann gab es eine Gruppe, die den Kern der späteren ‘Autonomen Brennesseln’ bildete, die zunächst vorwiegend im Selbsterfahrungsbereich tätig war [...]. Es existierte

in den achtziger Jahren die systemkritischen Gruppen „Montagskreis“ und „Donnerstagskreis“.¹¹ In Eisenach wirkte ein zahlenmäßig starker und sehr aktiver Öko-Kreis unter der Duldung des dortigen Superintendenten, der als IM der Stasi geführt wurde.¹² Fast in jeder größeren Stadt des Thüringer Bezirkes existierten solche Gruppen. Erwähnt werden muß, daß es auch in den Organisationen des Staates durchaus Bestrebungen gab, die der offiziellen Politik zuwiderliefen. In Erfurt existierte zum Beispiel seit 1984 innerhalb des Kulturbundes eine Ökogruppe, deren Aktivitäten stark beargwöhnt wurden.¹³ Im Sommer des Jahres 1989 mehrten sich auch in den Blockparteien die kritischen Stimmen. Wie in den kirchlichen Gruppen war auch hier das MfS aktiv, um solche Bestrebungen zurückzudrängen. Die vielleicht wichtigste oppositionelle Gruppierung in Thüringen vor der Gründung des Neuen Forums war der „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ (AKSK).¹⁴ Nach Stephan Schnitzler waren in der Stadt

noch eine Lesbengruppe innerhalb der ELSA, der Erfurter Lesben- und Schwulen-Arbeitsgemeinschaft, die sich in der Erfurter Studentengemeinde traf. Und schließlich ein Kreis, dem ich angehörte. Im Mai oder Juni 1988, ausgehend von einem DDR-weiten Frauengruppentreffen, gründeten wir in Erfurt diese neue Gruppe [...]. Wir waren rund zehn Frauen, die sich zunächst privat trafen, dann einen Frauentreff in der Stadtmission organisierten und später von der Wigbertkirche einen Gemeinderaum für ein sonntägliches Frauencafé erhielten.“ Zitiert nach Andreas Dornheim und Stephan Schnitzler (Hrsg.): Thüringen 1989/90. Akteure des Umbruchs berichten, Erfurt 1995, S. 100.

¹¹ In Weimar existierten zwischen 1982 und 1988 ein „Montagskreis“ in der Jacobsgemeinde sowie ein etwas später etablierter „Donnerstagskreis“, der zum Teil ebenfalls im Jacobsgemeindehaus und zum Teil im Sophienkrankenhaus tagte. Nach Auskunft des Weimarer Pfarrers Erich Krenz, der in beiden Kreisen eine wichtige Rolle spielte, nahmen am Montag etwa 30 bis 40 Personen, am Donnerstag ca. 25 Personen teil. Im „Donnerstagskreis“ kam es u. a. zur Herstellung kritischer Flugblätter. Der „Montagskreis“ wurde im Frühjahr 1988 auf Druck der Kirchenleitung aufgelöst. Anlaß war eine spektakuläre Feier. Der „Donnerstagskreis“ stellte im Herbst des gleichen Jahres seine Arbeit ein. Vgl. Christoph Victor: Oktoberfrühling. Die Wende in Weimar, in: Weimarer Schriften, Heft 49 (1992), hrsg. vom Stadtmuseum Weimar, S. 27.

¹² Der Eisenacher Superintendent Hans Herbst wurde von der Abt. XX/4 der BV Erfurt als IMS „Hans“, Reg.-Nr. 538/79, bis zum Jahre 1989 geführt. Leiter der Umweltgruppe war der Vikar Ralf-Uwe Beck. Ab 1988 hatte die Gruppe Kontakte zu Vertretern der Grünen in Hessen. Im Pfarrhaus zu Creuzburg an der Werra fanden diesbezügliche Treffen statt, die konspirativen Charakter trugen.

¹³ Dr. Joachim Heinrich schrieb beim BStU eine Arbeit unter dem Titel „Die Interessengemeinschaft Umweltschutz/Umweltgestaltung“, Erfurt 1995, Selbstverlag. Darin geht er besonders auf die Aktivitäten des MfS zur Kontrolle und Zersetzung der offiziellen Erfurter Kulturbundgruppe in den Jahren zwischen 1984 und 1989 ein.

Es gab vier Operative Personenkontrollen gegen Gruppenmitglieder, in denen zahlreiche IM zum Einsatz kamen, die die Arbeit der Gruppe – abgesehen von Maßnahmen des Staates – erheblich behinderten.

¹⁴ Der Arbeitskreis Solidarische Kirche wurde am 7.10.1986 in Berlin gegründet. Er war im Bereich der evangelischen Kirche und darüber hinaus eine der ersten republikweiten Vernetzungen von kirchlichen Amtsträgern, aber auch Theologiestudenten und Laien, die in Richtung Demokratisierung der DDR-Gesellschaft und Emanzipation von den verkrusteten Strukturen des SED-Staates wirkten. Der AKSK hatte verschiedene Regionalgruppen auf Länderebene, darunter auch in Thüringen. Die Thüringer Regionalgruppe war hier vor der Gründung des Neuen Forums wohl die wichtigste Oppositionsformation, die mit Protesten, so anläßlich der Verleihung des Karl-Marx-Ordens an den rumänischen Diktator Nicolae Ceausescu, mit einer Erklärung zum Boykott der 89er Kommunalwahlen vom 16.3.1989 oder mit der Verurteilung der blutigen Niederschlagung der Studentenunruhen in Peking

Erfurt in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre dem regimekritischen Milieu etwa 200 Personen zuzurechnen. Erfurt hatte zu diesem Zeitpunkt etwa 218.000 Einwohner.¹⁵

Ausreisewillige wurden von den Gruppen größtenteils ausgegrenzt. Das hatte zwei Gründe: Zum einen glaubten die in den Gruppen Aktiven immer noch an eine irgendwie geartete Reformperspektive der DDR, zum anderen wollten sie ihren ziemlich geringen Spielraum nicht durch spektakuläre Aktionen zum Erzwingen der Ausreise gefährden¹⁶.

Beide Strömungen gewannen im Sommer 1989 erheblich an Brisanz und bestimmten die Ereignisse des Herbstes – getrennt voneinander – in entscheidender Weise. Zunächst war der Wille, der DDR für immer den Rücken zu kehren, das ausschlaggebende Moment. Der Chef der Erfurter Bezirksverwaltung der Stasi, Generalmajor Josef Schwarz,¹⁷ kommt in

Anfang Juni 1989 an die Öffentlichkeit trat. Vertreter des AKSK beteiligten sich auch an der Auszählung der Kommunalwahlergebnisse und versuchten die Öffentlichkeit über das wahre Wahlergebnis zu informieren. Ihre Flugblätter verteilten die AKSK-Aktivisten nach Angaben des Jenaer Studentenpfarrers Gotthard Lemke (in dessen Haus die Thüringer Regionalgruppe häufig tagte) in Auflagenhöhe bis zu 2.000 Exemplaren in Briefkästen. Bemerkenswert und bisher weithin unbekannt ist die Tatsache, daß das „Grundsatzpapier zur Gründung einer demokratischen Partei“, das bei der Gründung der SDP in Schwante bei Oranienburg am 7.10. 1989 eine zentrale Rolle spielte, von einem Thüringer AKSK-Vertreter Anfang August 1989 verfaßt wurde. Der Autor ist Peter Oberthür, Pfarrer in Dorndorf an der Saale. Die Aktivitäten des AKSK führten nicht nur zu Konflikten mit staatlichen Stellen, sondern auch mit der Kirchenleitung, insbesondere mit der Thüringer Landeskirche. (Aussage AKSK-Aktivist Pfarrer Gotthard Lemke). Die Beweggründe für das Handeln der Aktivisten waren aber zunächst durchaus innerkirchlicher Art. „Unter Verweis auf die lutherische Lehre vom Priestertum aller Gläubigen und mit Bezug auf einen gern und häufig zitierten Satz des Soziologen Helmut Schelsky erhob die Solidarische Kirche den Anspruch, so etwas wie eine fortwährende konstitutive Kritikinstanz innerhalb der Kirche zu sein.“ Vgl. Thomas A. Seidel: Der Arbeitskreis Solidarische Kirche und das Ende der DDR, in: Dornheim/Schnitzler: Thüringen 1989/90, S. 154 f. Eine solche Instanz innerhalb von Politik und Gesellschaft zu sein, gehörte interessanterweise zum politischen Selbstverständnis innerhalb des Neuen Forums in Thüringen. Dies sicher auch deshalb, weil Pfarrer und Laien der AKSK dort eine nicht unwesentliche Rolle spielten.

¹⁵ Vgl. Schnitzler: Der Umbruch in der DDR, S. 21.

¹⁶ In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß die Erfurter Stadtmission ab 1988 mittwochs die Michaeliskirche zu einem Gottesdienst für Ausreisewillige öffnete, der meist stark besucht war. Bei diesen Gelegenheiten tauschten sie ihre Sorgen und Nöte untereinander, aber auch gegenüber Kirchenvertretern aus. Unter Erfurter Pfarrern machte damals ein Witz die Runde: Man könne in der Michaeliskirche die Ausreiseantragsteller von Stasi-Spitzeln dadurch unterscheiden, daß letztere mittlerweile das Vaterunser auswendig gelernt hätten.

¹⁷ Josef Schwarz (Jg. 1930) leitete die BV Erfurt zwischen 1982 und 1989. Er verlebte seine Jugend in einem von kommunistischen Idealen geprägten Elternhaus im Sudetenland. Nach der Arbeit bei einem Mecklenburger Großbauern absolvierte er ab 1949 ein Landwirtschaftsstudium an einer Fachschule. Ein Studium am Institut für Agrarökonomie an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam schloß sich an. Nach Studienabschluß trat er im Jahre 1955 als Leutnant in die Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit, zunächst in das Referat für Landwirtschaft der BV Potsdam. Von 1968 bis 1982 war er stellvertretender Leiter der BV Schwerin, danach bis Dezember 1989 Chef der BV Erfurt.

Seine Memoiren erschienen Ende 1994 in Schkeuditz unter dem Titel „Bis zum bitteren Ende – 35 Jahre im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit. Eine DDR-Biographie“. Sie lesen sich allgemein als Apologie des MfS, insbesondere seiner eigenen Tätigkeit. Allerdings werden bezüglich des hier interes-

seinen unter dem Titel „Bis zum bitteren Ende“ erschienenen Memoiren zu der Einschätzung: „Die Charakterisierung der Antragsteller als Verräter und Feinde des Sozialismus war zu einfach. Die Ursachen waren viel komplexer, allerdings beschäftigte man sich mit ihrer Analyse weder im Politbüro der SED noch auf der unteren Ebene wirklich ernsthaft und gründlich. Alle Maßnahmen zur Lösung des Problems waren von Hilflosigkeit geprägt.“¹⁸

Die Situation wurde auch in Erfurt immer angespannter. Anfang Juli hatte es unter anderem eine spektakuläre Besetzung des Erfurter Doms durch vier Ausreisewillige gegeben; auch aus anderen Städten des Bezirkes hatten sich Bürger gruppenweise in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik nach Ostberlin aufgemacht, andere versuchten über Ungarn zu fliehen oder in Botschaften der Bundesrepublik Deutschland im benachbarten Ausland Schutz zu finden.¹⁹ Die Fluchtwelle wurde, je weiter es auf den Herbst zuging, zu einer die DDR in ihrer Substanz treffenden Erscheinung. Der ostdeutsche Staat wurde in den westlichen Medien beinahe täglich vorgeführt; auch bei denen, die dem Regime noch die Stange hielten, begann jetzt der Mut zu sinken oder die Einsicht zu dämmern, daß es so nicht mehr lange weitergehen konnte. SED-Bezirkschef Müller hatte in einer Rede Anfang September zu solchen Stimmungen gesagt:

„Es gibt auch Parteimitglieder, die knieweich werden im Trommelfeuer des Klassenfeindes, ihren Austritt aus der Partei erklären, also nicht mehr mit ihrer Politik einverstanden sind oder weil sie vielleicht das oder jenes nicht kriegen. Ich sag’ mal ganz offen, um diese Leute soll man keinen großen Kampf führen. Wer in solchen Zeiten wie der gegenwärtigen knieweich wird, der soll uns das sagen, der soll aus der Partei austreten.“²⁰

Dazu kam die weitere Destabilisierung der Versorgung der Bevölkerung vor allem im medizinischen Bereich. Auch aus dem Bereich der Medizinischen Akademie in Erfurt,

sierenden Themas auch wichtige Detailaussagen getroffen. Josef Schwarz lebt heute als Pensionär in Erfurt.

¹⁸ Schwarz: Bis zum bitteren Ende, S. 150.

¹⁹ Bereits ein Jahr zuvor beim evangelischen Kirchentag in Erfurt im Juni 1988 waren die Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR massenhaft demonstrativ in Erscheinung getreten. Überall dort, wo sich namhafte bundesdeutsche Politiker (u. a. Richard von Weizsäcker, Erhard Eppler und Egon Bahr) auf den verschiedenen Foren zeigten, übergaben Antragsteller schriftliche Bitten, das Ausreiseverfahren beschleunigen zu helfen. – Das Vorgehen des Weimarer Superintendenten, der durch Polizeikräfte die Herderkirche hatte räumen lassen, in der sich eine Gruppe ausreisewilliger Bürger verschanzt hatte, verurteilte die evangelische Kirchenleitung am 4.12.1988.

²⁰ Mestrup/Remy: „Wir können ja hier offen reden...“, S. 155.

dem größten Krankenhauskomplex des Bezirkes, waren zahlreiche Ärzte und Krankenschwestern geflohen.²¹

Als Reaktion auf die Massenflucht nach Ungarn und Prag verfügte der Chef der Bezirksverwaltung, Schwarz, am 1. September eine Dienstanweisung, in der es heißt:

„Von der Abteilung IX werden gegenwärtig Sachverhaltsprüfungen mit Bürgern der DDR durchgeführt, die beabsichtigen, widerrechtlich über ungarisches Territorium nach Österreich zu gelangen, nach erfolgter ungesetzlicher Grenzpassage CSSR/ UVR jedoch festgenommen wurden. Auf Grund zentraler Entscheidungen wird in diesen Fällen von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgesehen, und die Personen [werden] nach Befragungen in ihre Heimatorte entlassen. Ihr Personalausweis wird zunächst einbehalten, und sie erhalten Auflagen.“²²

In dem Papier wird außerdem vorgeschlagen, arbeitsrechtlich gegen diese Personen vorzugehen. Dies zeigt eine defensive Haltung des MfS, denn die Betroffenen sollten nicht mehr nach dem berüchtigten § 213 des Strafgesetzbuches der DDR verurteilt werden.

Bereits am 10. Juli 1989 wurde in einer Leitungsvorlage der Bezirkskontrollgruppe der Bezirksverwaltung Erfurt auf die krisenhafte Situation im Bezirk mit großer Deutlichkeit hingewiesen: Nicht nur die Ausreisewilligen machten Probleme, sondern auch die erst im Januar 1989 in Kraft getretene neue Reiseverordnung, die den Kreis derer, die zu Besuch in den Westen reisen konnten, erweiterte.²³ Besonders problematisch waren die stark gestiegenen Reisewünsche von inoffiziellen Mitarbeitern. Im Falle ihres Verbleibens im Westen stellten sie ein nicht zu unterschätzendes Sicherheitsrisiko dar. War die Reise dennoch vom Generalmajor Josef Schwarz bestätigt worden, kam es vor, daß die Polizei schließlich den Reisekandidaten ablehnte, freilich in Unwissenheit von dessen MfS-Tätigkeit. Ein ehemaliger Hauptmann einer Kreisdienststelle berichtete, daß es ihm nicht einmal gelungen sei, einen IM zu Spionagezwecken in den Westen zu bringen. Die Polizei hatte ihn nämlich abgelehnt. Sie hatte in Sachen Westreisegenehmigungen die Federführung.²⁴

²¹ Der Chef der BV Erfurt bezeichnete in einer Rede, die er offenbar Anfang November hielt, die Gesamtzahl der bis dahin im Bezirk Erfurt geflohenen Menschen mit mehr als 9.000, davon weit mehr als 100 Ärzte und Zahnärzte. Vgl. BStU, ASt Erfurt, BdL S 266, Bl. 41.

²² BStU, ASt Erfurt, BdL S 219, Bl. 64.

²³ Vgl. ebenda.

²⁴ Ein ehemaliger Offizier einer KD der BV Erfurt berichtete über das Genehmigungsverfahren, daß die Stasi die betreffenden Personen nur dahingehend überprüft hätte, inwieweit diese beim MfS an- und aufgefallen waren. Erkundigungen über persönliche Dinge oder familiäre Verhältnisse (eine zerrüttete Ehe konnte ein Hinderungsgrund sein) wären von der Polizei, oftmals durch den „Abschnittsbevollmächtigten“ im Wohngebiet, eingeholt worden.

Im Sektor Genehmigungswesen des Rates des Bezirkes hatte man eigens zur Durchsetzung der Reiseverordnung und „der staatlich notwendigen Sicherheitsanfordernisse“ zwei OibE installiert. Es wurde eine „nichtstrukturelle Arbeitsgruppe“ unter der Leitung der Bezirkskontrollkommission „zur besseren Beherrschung der Lage in der Bezirksstadt“ gebildet. Diese Gruppe sollte den Koordinierungserfordernissen zwischen der Kreisdienststelle, den Abteilungen XVIII, XIV, XX und VII (also den für die Kontrolle der Wirtschaft, des Verkehrs, der Öffentlichkeit sowie der Polizei zuständigen Abteilungen der Staatssicherheit) genügen. Allein die Zahlen der Antragsteller auf ständige Ausreise bestätigen die für das MfS höchst angespannte Situation im Sommer 1989: Bis zum 30. Juni wurden 5.212 Anträge im gesamten Bezirk erfaßt, das heißt auf 10.000 Einwohner kamen 42 Anträge. Besonders betroffen von dieser Entwicklung waren naturgemäß die größeren Städte, wobei Weimar, Erfurt und Eisenach vorn lagen. Gegenüber dem Vorjahr gab es eine erhebliche Steigerung dieser für die DDR peinlichen Zahlen. Hinzu kam, daß in dem besagten Zeitraum nur zwei Prozent der Betroffenen zur Rücknahme ihrer Anträge bewegt werden konnten. Im weiteren Verlauf ging diese Tendenz beinahe gänzlich gegen Null. Im Berichtszeitraum hatte es außerdem 71 Fälle von Botschaftsbesetzungen gegeben, an denen sich 122 Bürger des Bezirkes beteiligt hatten. Die meisten dieser Bürger stammten aus Erfurt. Etwa der Hälfte der betroffenen Menschen wurde die Ausreise laut Dokument umgehend gewährt.²⁵

So etwa stellte sich die Lage dar, kurz bevor die große Fluchtwelle in Richtung Ungarn begann. Das MfS im Bezirk Erfurt beschränkte sich nun zunehmend auf die Verhinderung von „Demonstrativhandlungen“ ausreisewilliger Bürger. Etwas anderes war kaum noch möglich. Ein ehemaliger Mitarbeiter der MfS-Bezirksverwaltung berichtete, daß die Offiziere operativer Dienststellen zeitweilig den Befehl erhielten, ausreisewillige Bürger mit dem Ziel aufzusuchen, sie durch ein Gespräch zur Rücknahme ihres Antrags zu bewegen. Die Erfolgsrate war deprimierend. Die Bürger reagierten meist aufgebracht. Ebenso wurden diese Aufträge durch die Mitarbeiter selbst als peinlich oder gar entwürdigend empfunden. Spätestens jetzt begann für sie eine lange Zeit der Überstunden. Dienstende gab es zumeist nur per Befehl. Die erhebliche Überbelastung konnte auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben. Dies war eine Ursache für die Demoralisierung von Teilen der Staatssicherheit im Verlaufe der Herbstwochen. Das führte auch gehäuft zu familiären Komplikationen, die die Motivation der betreffenden Mitarbeiter nicht gerade gehoben haben dürfte. So berichtete beispielsweise die Ehefrau eines Hauptmanns auf einer Geburtstagsfeier, die sie Mitte Oktober allein besuchen mußte, weil dem MfS-Offizier Überstunden befohlen worden waren, daß ihr Mann gerade wieder in einer Kirche

²⁵ Vgl. BStU, ASt Erfurt, BdL S 219, Bl. 64.

„rumspitzele“. Das erfuhr der Vorgesetzte. Die Folge waren peinliche Aussprachen und eine schriftliche Stellungnahme, in der der Offizier seinem Vorgesetzten versichern mußte: „Schlußfolgernd für mich sehe ich die Erhöhung meiner persönlichen Wachsamkeit, daß durch unbedachte Äußerungen gegenüber meiner Frau es zu unbedachten Interpretationen kommt. [...] Die Kenntnisse, die meine Frau objektiv erlangen kann, werden durch meine Frau nach dem erfolgten Gespräch noch konsequenter für sich behalten.“²⁶

Das MfS war zwar ein entscheidendes Element in der Logistik des Macht- und Repressionsapparates des SED-Staates, sie setzte aber die Disziplinierung der Bürger auf staatlicher Ebene, auf der Ebene der Partei und durch die Polizei voraus. Das MfS war sozusagen der letzte Sicherungsriegel des Systems. Da die anderen Regelmechanismen vier Jahrzehnte lang funktioniert hatten, konnte das MfS seine Aufgaben erfüllen. Im Sommer 1989 aber schwieg die Partei, deren „Schild und Schwert“ die Stasi war. Abgesehen von einem kurzen Aufbäumen um den 40. Jahrestag herum blieb es bei der Befehls- und Orientierungslosigkeit bis zum Ende – in Erfurt wie anderswo in der DDR.

Das MfS war allerdings über die sich anbahnende Krise recht gut informiert. Wenige Wochen zuvor, am 29. Mai, ging es in einer Leitungssitzung der Stasi-Bezirksverwaltung vor allem um die „Politische Untergrundtätigkeit“ (PUT). Offenbar bereitete es den MfS-Oberen des Bezirkes zu diesem Zeitpunkt Schwierigkeiten einzuschätzen, was als staatsfeindlich zu gelten hatte. Generalmajor Josef Schwarz äußerte sich auf jener Sitzung bezüglich der Erfurter Untergrundzeitung „Schlagloch“ folgendermaßen: „Nicht alles ist feindlich, einiges regt auch zum Nachdenken an.“ Damit meinte er offenbar einen Artikel über Umweltproblematik und über verstärkte Aktivitäten der Erfurter Skinheadszene. In dem Samisdat-Blatt wurden auch die Zustände im Erfurter Betriebsteil des VEB Jenapharm kritisiert. Auf die Frage des Stasi-Bezirkschefs, wie der Autor denn in den Betrieb hineinkomme, sagte der Leiter der Kreisdienststelle Erfurt, Oberst Schneeberg, lapidar: „Er arbeitet dort.“²⁷

Die Stasi-Führung hatte zu diesem Zeitpunkt erkannt, daß die kritischen Gruppen innerhalb der Kirche in kurzer Zeit Menschen auf die Straße bringen konnten und daß sie immer stärker dahin tendierten, das schützenden Dach der Kirche zu verlassen. Die MfS-Bezirksverwaltung traf für einen solchen Fall eilig Vorkehrungen: Eine spezielle Arbeitsgruppe PUT wurde unter dem Chef der Abteilung XX geschaffen.

²⁶ „Stellungnahme Hptm. Brück vom 8.11.1989“; BStU, ASt Erfurt, KD Erfurt, vorsortiertes Material, November 1989.

²⁷ Vgl. „Protokoll der Leitungssitzung vom 29. Mai 1989“; BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, Mai 1989.

„Bei Lagen, wo sich Gruppierungen herausbilden, müssen wir wissen, wie zu handeln ist. [...] Grundsatz muß sein, ständig mit allen politischen und rechtlichen Mitteln dazwischenzugehen. [...] Die PUT-Kräfte müssen wissen, daß sie erkannt sind, müssen wissen, daß sie diszipliniert werden. [...] Es geht um die Herausarbeitung von Personen mit Führungsqualitäten, darauf ist die operative Arbeit zu konzentrieren. Z. B. Probst Falcke²⁸ ist eine solche Führungsperson – heute vielleicht noch nicht in dem Maße, aber morgen. Es geht auch um Personen, die zum Märtyrertum neigen, die Fanale setzen können durch Aktionen, wie z. B. die Selbstverbrennung des Palach in Prag.“²⁹.

Man müsse auskunftsfähig sein über Leute mit Sendungsbewußtsein, die Verbindungen und die Vernetzungen der Gruppen untereinander kennen, vor allem sollten immer die Kräfte erkannt werden, die hinter den Aktionen standen. Leute mit Führungsqualitäten erblickte man vornehmlich im kirchlichen Bereich unter den Pfarrern. Hauptmann Mörstedt von der Abteilung XX berichtete in diesem Zusammenhang von der „Disziplinierung und Neutralisierung“ des Landesjugendpfarrers: „Hier haben wir Dinge genutzt, die gar nicht mit seinem feindlich-negativen politischen Wirken in Zusammenhang standen.“ In bezug auf den Erfurter Probst Heino Falcke gebe er sich dagegen keinen Illusionen hin. „Ich auch nicht, der Mann ist dafür zu souverän“, unterstütze den Hauptmann der Generalmajor Schwarz.³⁰

Am Ende der Beratung machte der Stasi-Bezirkschef die anwesenden Offiziere darauf aufmerksam, daß die Manipulation der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 noch lange nicht ausgestanden sei. Auf zentraler Ebene habe er dazu Gedanken gehört, daß die Vorgehensweise ein „absolutes Eigentor“ gewesen sei, das überhaupt nicht nötig gewesen wäre. Ein ehemaliger Mitarbeiter sagte aus, daß wenige Tage vor der Kommunalwahl ein hoher Offizier der Bezirksverwaltung die Erfurter Parteiführung vergeblich vor den Folgen der Wahlfälschung gewarnt habe. In den öffentlichen Unmutsäußerungen der Bevölkerung im Herbst war die Wahlfälschung ständiges Thema.

²⁸ Heino Falcke (Jg. 1929) war Probst von Erfurt und dem Südharz der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen. Schon Jahre vor dem Umbruch von 1989 gehörte er zu den kirchenleitenden Persönlichkeiten, die offen den Staat kritisierten. Falcke gebrauchte dabei die These von einem verbesserungswürdigen Sozialismus. Auf dem Kirchentag der evangelischen Kirche in Erfurt im Juni 1988 trat er mutig und deutlich für gesellschaftliche Reformen ein. Das Auftreten Falckes war für die politisch engagierten Gruppen eine große Ermutigung. Dagegen war er den lokalen Funktionären des Systems und der Staatssicherheit ein Dorn im Auge. Im Gegensatz zu anderen Kirchenführern des Landes galt er als „feindlich negativ“. Rückhalt boten dem mutigen Kirchenmann seine große Bekanntheit und seine zahlreichen Verbindungen, vor allem nach dem Westen. Er lebt gegenwärtig im Ruhestand in Erfurt.

²⁹ „Protokoll der Leitungssitzung vom 29. Mai 1989“; BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, Mai 1989.

³⁰ Ebenda.

2. Oppositionelle Gruppen im Visier des MfS

In der zweiten Septemberhälfte kam es im Bezirk Erfurt zu einer Reihe von Veranstaltungen, die die Gründungen der großen Oppositionsgruppen unmittelbar vorbereiteten. Am 20. September stellte Pfarrer Edelbert Richter³¹ im Weimarer Wichernheim vor etwa 100 Personen, zumeist Mitglieder von Basisgruppen, den Gründungsaufruf des Neuen Forums, die Initiativegruppe zur Gründung der SDP sowie die Bürgerinitiativen „Demokratischer Aufbruch“ und „Demokratie Jetzt“ vor. Die Mehrzahl der Teilnehmer sprach sich für einen Beitritt zum Neuen Forum aus, weil sie die Chance der Legalisierung für diese Bürgergruppe als am größten ansah, wußte die Hauptabteilung XX in den letzten Septembertagen dem Stellvertreter des Ministers, Generaloberst Mittag, mitzuteilen. Auf dieser Veranstaltung räumte der prominente Thüringer Oppositionelle die Möglichkeit ein, daß Reformen in der DDR durch einen Geheimdienstmann in die Wege geleitet werden könnten, wie dies in der UdSSR durch Michael Gorbatschow geschehen war. Ähnliches, so Richter, könne man zum Beispiel bei Markus Wolf sehen. Ein Geheimdienstmann könne nicht gleich die Führung in der SED übernehmen. Deshalb mußte er erst aus dem MfS ausscheiden und sich dann den Namen eines Reformers verschaffen. Nach Richters Meinung würde diese Auffassung auch durch die westlichen Medien vertreten.³² Solche Hoffnungen schienen damals nicht abwegig, da auch der frühere polnische Geheim-

³¹ Edelbert Richter (Jg. 1943) war 1989 Pfarrer in Erfurt und Dozent an der Predigerschule der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen. Zuvor war er Studentenfarrer in Naumburg. Schon Jahre davor galt er als stark politisch orientierter Kirchenmann und war für seine Kritik am SED-Staat bekannt. In seiner Gemeinde in einem Erfurter Neubauviertel initiierte er einen Gesprächskreis, in dem vor allem politische Fragen, aber auch Gesellschaftsmodelle diskutiert wurden. Im Herbst 1989 war er Mitbegründer der Bürgerinitiative Demokratischer Aufbruch und einer ihrer wichtigsten und bekanntesten Vertreter in Thüringen. Zugleich war Richter einer der führenden theoretischen Köpfe der Opposition.

In einem Interview ging Richter auch auf die damals viel bedauerte Spaltung der Opposition in der DDR ein: Er sei wütend gewesen, auf seiner Westreise am 11.9.1989 von der Gründung des Neuen Forums erfahren zu haben. Ursprünglich war ein gemeinsames Vorgehen geplant gewesen. Er räumte ein, daß die getrennten Oppositionsinitiativen auch in bestimmten persönlichen Spannungen, etwa zwischen Bärbel Bohley und Rainer Eppelmann, ihre Wurzeln gehabt haben könnten. Vor allem aber verwies Richter auf inhaltliche Probleme: „Am 24.9. gab es noch einmal ein Treffen von Vertretern der neuen Gruppierungen in Leipzig, bei dem wir zu Absprachen über ein gemeinsames Vorgehen gelangen wollten. Da wollte Bärbel Bohley von der Programmatik noch immer nichts wissen, alles sollte der Spontaneität der Basis überlassen bleiben, und das hieß für mich, ihrer eigenen Spontaneität. Ich plante weiterhin ein Zusammengehen, aber dieses Verschwommene hat mich gestört... Jetzt erst einmal bloß reden, den Dialog führen, alle können mitmachen, sogar die SED-Leute – das war Quatsch, das hätten wir als Demokratischer Aufbruch nie gesagt.“ Vgl. Dornheim/Schnitzler: Thüringen 1989/90, S. 47 f.

Als sich der Demokratische Aufbruch zum Jahresende politisch in Richtung CDU orientierte, trat Richter aus der Organisation aus und wurde Mitglied der ostdeutschen SDP. Er ist heute sozialdemokratischer Abgeordneter im Straßburger Europaparlament.

³² Vgl. „Rückflußinformation zur politisch-operativen Lage unter feindlich-negativen Kräften im Verantwortungsbereich der BV Erfurt im Zusammenhang mit den gegenwärtig republikweit durchgeführten feindlich-negativen Aktivitäten zur Schaffung sogenannter Sammlungsbewegungen politisch-oppositionell eingestellter Personen“; BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, September 1989.

dienstchef Stanislaw Kania als KP-Chef im Jahre 1980 zur Legalisierung der Bewegung „Solidarnosc“ einen Beitrag geleistet hatte. Im Sommer 1989 war Edelbert Richter dabei, ein umfangreiches Buch über die Rolle der beiden deutschen Staaten in Europa zu verfassen. Das sich verschärfende Tempo der politischen Bewegung verkürzte sein Vorhaben auf ein etwa 100seitiges Samisdat-Buch mit dem Titel „Zweierlei Land – eine Lektion – Konsequenzen aus einer deutschen Misere“.³³

Aus einem Bericht der BV Erfurt geht hervor, daß vom 20. bis 24. September in der Erfurter Michaeliskirche ein ökumenisches Seminar durchgeführt wurde, auf dem 256 Teilnehmer verschiedener Umweltgruppen der DDR eine Protestresolution an den Minister des Innern der DDR unterzeichnet hatten.³⁴ Die Unterzeichner protestierten gegen die Nichtgenehmigung des Neuen Forums und forderten seine Zulassung. Außerdem forderten sie generell mehr Freiheit für oppositionelle Personen in der DDR, um zu verhindern, daß diese das Land verlassen. Andererseits konnte nach Berlin berichtet werden, daß eine geplante Gründungsversammlung des Neuen Forums am 21. September in der Wohnung von Matthias Büchner³⁵ „durch eine zielgerichtete Einflußnahme“ verhindert worden war. Dem MfS war es gelungen, durch den Einsatz von IM die geplante Gründungsversammlung zu einer Diskussion über zu erwartende strafrechtliche Sanktionen umzufunktionieren.³⁶

Die Ablehnung von Legalisierungsanträgen der neuen politischen Bewegungen durch staatliche Stellen war mit dem MfS abgesprochen worden. Ende September legte die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit fest, wie diese Anträge zu behandeln seien. Die staatliche Stelle hatte den Antrag entgegenzunehmen und eine Prüfung zuzusagen. Auf die Partner des politisch-operativen Zusammenwirkens (POZW) sollte Einfluß genommen werden, damit sie sofort das MfS sowie die territoriale SED-Führung informierten. Die Bearbeitung sollte dann durch die Deutsche Volkspolizei erfolgen. Im Anschluß sei den Antragstellern in persönlichen Gesprächen mitzuteilen, daß dem Antrag nicht entsprochen wird, da „kein gesellschaftliches Bedürfnis besteht“, und sie waren über die Rechtsfolgen weiterer Gründungshandlungen zu informieren. Die betreffenden Personen sollten vom

³³ Vgl. Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, Bonn 1997, S. 821.

³⁴ Vgl. „Rückflußinformation zur politisch-operativen Lage“; BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, September 1989.

³⁵ Matthias Büchner (Jg. 1953) war während des politischen Umbruchs 1989 einer der führenden Exponenten der Opposition in Erfurt. Er war der Sprecher der Koordinierungsgruppe des Neuen Forums und spielte auch im Bürgerkomitee eine zentrale Rolle. Von 1990 bis 1994 war er als Vertreter des Neuen Forums Abgeordneter im Thüringer Landtag. Der Blumenbinderberuf brachte ihn nach Erfurt. An der evangelischen Predigerschule begann er Theologie zu studieren. Im Jahre 1989 arbeitete Matthias Büchner als freischaffender Grafiker.

³⁶ Vgl. „Rückflußinformation zur politisch-operativen Lage“; BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, September 1989.

MfS in Operativen Vorgängen (OV) und Operativen Personenkontrollen (OPK) bearbeitet werden. Ordnungsstrafverfahren waren gegebenenfalls mit der Abteilung XX abzustimmen.³⁷ Die Anmeldung des Neuen Forums erfolgte am 12. Oktober 1989 durch Matthias Büchner und Werner Brunnengräber. Ein MfS-Bericht vom 22. Oktober hält die Zurückweisung des Antrags fest. Zugleich ging man zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß entsprechende Aktivitäten nicht mehr zu verhindern waren. Wenig später wurde die Forderung nach Zulassung in den Kirchen der Stadt und auf den Straßen massenhaft vertreten.³⁸

Als es am 26. September 1989 zur ersten großen Veranstaltung der Oppositionsgruppen Neues Forum und Demokratischer Aufbruch vor etwa 2.000 Personen im Erfurter Augustinerkloster kam, war die Stasi auch hier in Gestalt einiger wichtiger inoffizieller Mitarbeiter mit von der Partie und bestens informiert. Daß die Wortführer der Veranstaltung ausschließlich aus dem kirchlichen (zumeist evangelischen) Raum kamen, dürfte nach den vorherigen Erkenntnissen kaum überrascht haben. Wichtig war die möglichst genaue Wiedergabe dessen, was dort gesagt wurde. Ein IMB mit dem Decknamen „André Wagner“, seit Mai 1981 für die Kreisdienststelle Erfurt tätig³⁹, zählte in dieser Zeit zu den wichtigsten Informanten der Erfurter KD. „André Wagner“, der in den Jahren zuvor schon wichtige Informationen unter anderem über Aktivitäten kirchlicher Gruppen erarbeitete, wurde nun eine kaum zu ersetzende Informationsquelle in der Bürgerinitiative Neues Forum – immer ziemlich in der Nähe ihrer Erfurter Führungsfigur Matthias Büchner. Sein letzter Bericht stammte vom 10. November, dem Zeitpunkt, als die Kreisdienststelle Erfurt die Observation der oppositionellen Gruppen offensichtlich einstellte.

Interessant ist die Tatsache, daß der IM in seinem Bericht von der Veranstaltung im Augustinerkloster bereits wichtige Akzente der Differenzen weitergab, die zwischen den Ausführungen des Vertreters des Neuen Forums, Büchner, und dem Thüringer Exponenten des Demokratischen Aufbruchs, Pfarrer Edelbert Richter, bestanden. So tendierte der Vertreter des Neuen Forums in seiner Option zwischen Dialogplattform und oppositioneller Sammlungsbewegung und markierte hiermit bereits den entscheidenden strukturellen Mangel, während Pfarrer Richter die Initiative Demokratischer Aufbruch, die damals noch nicht einmal gegründet war, als die Vorstufe einer Partei ansah, die nach seiner Meinung eine sozialdemokratische Orientierung haben sollte.

„André Wagner“ war von nun an im Neuen Forum immer dabei, wenn es um entscheidende Dinge ging. Eine sehr wichtige Frage war zum Beispiel die Stellung zur im

³⁷ Vgl. Andreas Dornheim: Politischer Umbruch in Erfurt 1989/90, Weimar 1995, S. 57 f.

³⁸ Vgl. ebenda.

³⁹ Vgl. IM-Akte „André Wagner“; BStU, ASt Erfurt, Reg.-Nr. IX 44/81.

Artikel 1 der DDR-Verfassung festgelegten „führenden Rolle“ der SED. Bis weit in den Spätherbst hinein konnte berichtet werden, daß ein Angriff auf diese Verfassungsgarantie des SED-Machtanspruchs im Neuen Forum überhaupt kein Thema war. Ganz im Gegensatz dazu äußerte der Erfurter Probst Falcke auf der Heimfahrt von einer Vorstellungsveranstaltung der Oppositionsgruppen im Kreis Erfurt-Land gegenüber Büchner, daß der Führungsanspruch der SED, wenn es ihn überhaupt gibt, sich in freien Wahlen beweisen müsse. Das unterschied das Neue Forum sehr bald vom Demokratischen Aufbruch und zeigte wiederum der Staatssicherheit und der SED die Tatsache an, daß das Neue Forum eine Bürgerrechtsbewegung war, die die entscheidende politische Frage, nämlich die nach der Macht, jedenfalls zu diesem Zeitpunkt, nicht stellte. Als die Entwicklung weitergegangen war und die Sprechchöre derer zu hören waren, die die deutsche Einheit wollten, trat der Abstand zu dem, was wirklich auf der politischen Tagesordnung stand, noch krasser zu Tage. Anfang Dezember trug ein Artikel zum letztgenannten Thema, der in der damaligen Zeitung der Bürgerbewegung „Erfurter Neueste Nachrichten“ stand, die Überschrift „Wir lassen uns nicht BRDigen“. Die Sehnsucht nach einer „besseren“, reformierten DDR war in Oppositionskreisen weit verbreitet. Ihre letzte Inspiration empfing sie aus diversen evangelischen Pfarrhäusern, oftmals hatte aber gerade dort kurz zuvor die Wiege des Widerstandes gestanden. Und so kam es denn auch, daß das untergehende AfNS im Dezember darauf kam, im Neuen Forum einen Partner zu sehen, der mit dem Amt gemeinsam den Erhalt der DDR wolle.

Der IM „André Wagner“ lieferte Namen und Adressen führender Exponenten der Bewegung, der Sprecher der thematischen Arbeitsgruppen, Stimmungsberichte, die Pläne für die erste große Demonstration, die am 26. Oktober im Anschluß an Gottesdienste stattfand. Er unterrichtete die Staatssicherheit darüber, welchen Eindruck bei den Oppositionellen das Auftreten von SED- und Staatsfunktionären hinterließ. Schließlich wurde er offenbar auch zu dem Treffen aller Sprecher des Neuen Forums in Berlin delegiert, um von dort das Neueste detailliert weiterzugeben. Weitere Schwerpunkte der Informationstätigkeit waren Auseinandersetzungen in der Erfurter Führung der Bürgerbewegung und Verbindungen, die nun aufgenommen wurden – zum Beispiel lud die Blockpartei LDPD Ende Oktober Vertreter des Neuen Forums zu Gesprächen ein. Es gab auch Berichte über Distanzierungsbewegungen wegen mangelnder Konsequenz der führenden Leute des Neuen Forums vor Ort. Zuletzt ging es noch um die Versuche, programmatisch arbeiten zu wollen, wobei dem heutigen Leser der unbeschwerter Dilettantismus jener Tage ziemlich deutlich vor Augen tritt. Der Versuch eines „dritten Weges“ blieb auch 1989 schon in den Anfängen stecken.

Bemerkenswert ist aber die Initiativfunktion der Oppositionsgruppen, insbesondere des Neuen Forums, für die Massenproteste auf der Straße. Am 7. Oktober fanden in der

Erfurter Kaufmannskirche in spannungsgeladener Atmosphäre zwei Veranstaltungen der Opposition mit jeweils etwa 1.600 Besuchern statt. Da sich die Besucher weisungsgemäß sofort nach dem Verlassen der Kirche zerstreuten, kam es nicht zum Einschreiten von Polizei und Staatssicherheit.⁴⁰ Augenzeugenberichten zufolge war aus dem benachbarten Centrum-Warenhaus das Kläffen von Hundestaffeln zu hören. Insgesamt sollen an diesem Tage zur Niederschlagung von Unruhen oder zur Auflösung von Demonstrationen etwa 4.500 Bewaffnete zusammengezogen worden sein.⁴¹ Zwei Tage später versammelten sich 1.750 Menschen zur Plenarversammlung des Neuen Forums in der Predigerkirche. Großen Zulauf hatten auch die Veranstaltungen des Demokratischen Aufbruchs (DA), dessen Büro sich in der Erfurter Stadtmission befand. Seine Anhänger trafen sich zunächst in der Thomaskirche. Ebenfalls Zugang zu kirchlichen Räumen hatte die Initiative „Frauen für Veränderung“. Der kirchliche Schutzraum blieb in diesen Wochen unangetastet.⁴² Der Zulauf zu den oppositionellen Veranstaltungen wuchs in den Oktoberwochen beständig an. Besonders großer Andrang herrschte zu den Friedensgebeten, die jeden Donnerstag stattfanden. Aus der Lorenz- und der Predigerkirche, die beide überfüllt waren, formierte sich am Abend des 26. Oktober der erste große Protestzug durch die Straßen der Erfurter Innenstadt zum Domplatz.⁴³ Das MfS konstatierte nach dem ersten großen Massenprotest auf der Straße eine allgemeine Verunsicherung staatlicherseits, vor allem bei für öffentliche Veranstaltungen präparierten Agitatoren. Bemängelt wurde auch, daß die Polizei es versäumt hatte, den Betriebsschutz des Redaktionsgebäudes der SED-Zeitung „Das Volk“ zu verstärken.⁴⁴

Am 17. Oktober erstellte die Kreisdienststelle Erfurt des MfS einen „Maßnahmeplan zur operativen Durchdringung und Bearbeitung der sogenannten Bürgerinitiative Neues Forum der Stadt Erfurt“.⁴⁵ Es wurden folgende Ziele festgelegt: Die operative Durchdringung der Strukturgruppe und der Arbeitsgruppen des Neuen Forums, die Bestimmung von „Maßnahmen des eingeleiteten Prozesses der Differenzierung, Disziplinierung, Verunsicherung und Zersetzung unter Einbeziehung der Partner des POZW, Leiter von Betrieben und Einrichtungen und anderer gesellschaftlicher Kräfte“. Weiterhin sollten offizielle Berichte als Grundlage für die Informationstätigkeit der Parteispitze erstellt werden. Die IM sollten exakt instruiert werden, ihre Stellung in der Strukturgruppe oder in den Arbeitsgruppen zu halten und nach den Regeln strengster Konspiration vorzugehen. Letzteres auch deshalb, weil der Strukturgruppenleiter Büchner „eine Reihe von Maß-

⁴⁰ Vgl. Schnitzler: Der Umbruch in der DDR, S. 86 f.

⁴¹ Vgl. ebenda.

⁴² Vgl. ebenda.

⁴³ Vgl. Dornheim: Politischer Umbruch in Erfurt, S. 65.

⁴⁴ Vgl. BStU, ASt Erfurt, AKG 10, Bl. 7.

⁴⁵ BStU, ASt Erfurt, BdL, KD Erfurt, vorsortiertes Material, Oktober 1989.

nahmen darauf gerichtet hat, die zum Ziel haben, eventuelle Quellen der Sicherheitsorgane zu entfernen“.⁴⁶

Es ist nicht einfach, den tatsächlichen Einfluß des MfS auf die oppositionellen Gruppen im Herbst 1989, aber auch in seinem Vorfeld zu definieren. Zum Verständnis trägt ein bemerkenswertes Papier über „Maßnahmen zur Zersetzung im Rahmen der operativen Bearbeitung feindlich-negativer Personenzusammenschlüsse“ bei, das bereits vom Januar 1989 datiert ist und aus der Feder des Chefs der Abteilung XX der BV Erfurt, Oberst Günter Stark, stammt.⁴⁷ Darin geht es um die „lautlose Form“ der Bekämpfung solcher Personenzusammenschlüsse als einen „wichtigen Beitrag der Dialogpolitik unserer Partei sowie zur Stärkung des internationalen Ansehens der DDR.“ Die Ziele „operativer Zersetzungsmaßnahmen“ umfaßten, gemäß Stark, unter anderem das Schüren von Widersprüchen und Auseinandersetzungen zu methodisch-taktischen Fragen der Realisierung „subversiver Zielstellungen“, um offene Konfliktsituationen heraufzubeschwören. Die kirchlichen Basisgruppen seien aufzusplittern, und er forderte die Förderung bereits vorhandener anarchistischer Tendenzen „im Sinne einer chaotischen ‘Basisdemokratie’, wie zum Beispiel in der Bewegung ‘Kirche von unten’ und Arbeitskreis ‘Solidarische Kirche’“. Rivalitäten zwischen Personen in den Gruppen sollten verschärft und bestimmten wichtigen Gruppenmitgliedern eine Zusammenarbeit mit dem MfS durch gezielte Gerüchte, anonyme Briefe oder gefälschte Fotos unterstellt werden. Wichtig war dem MfS auch, funktionstüchtige Strukturen zu verhindern. Inhaltlich sollten möglichst viele Fragen gleichzeitig diskutiert und somit Entscheidungen verhindert werden.⁴⁸ Für Stark schien das Arsenal geheimdienstlicher Zersetzungsmaßnahmen unerschöpflich zu sein.

Dem MfS war es nicht gelungen, die kirchlichen Gruppen zu isolieren und überregionale Verbindungen zu kappen. In den letzten Jahren vor 1989 gab es Verbindungen Thüringer Gruppen untereinander sowie nach Leipzig, Halle und Berlin. Dem Gründungsauf Ruf zum Neuen Forum waren kaum zehn Tage später in den meisten Bezirken der DDR entsprechende Initiativgruppen gefolgt. Andererseits kann man aber schwerlich behaupten, daß das MfS in seinen Bemühungen ohne Erfolg gewesen sei. Es war zum Beispiel im Neuen Forum lange Zeit nicht möglich, funktionierende Strukturen herzustellen. Ob dies überhaupt je gelang, darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen. Natürlich ist dabei zu beachten, daß die sich überstürzenden politischen Ereignisse an diesem Umstand einen eigenen Anteil hatten. Der allgemeinen basisdemokratischen Tendenz war es vor allem geschuldet, daß damals kaum ein ernsthaftes politisches

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Vgl. BStU, ASt Erfurt, SA Abt. XX/89, vorsortiertes Material, Januar 1989.

⁴⁸ Vgl. ebenda.

Programm zustande kam. Dies war für eine politische Vereinigung, die in den Herbstwochen mit großen Hoffnungen überfrachtet war, ziemlich fatal. Und dies blieb keinesfalls unbemerkt. Die Basisdemokratie verursachte schließlich auch einen verbreiteten Mangel an Legitimation und Verbindlichkeit. An der Spitze der nach außen autonomen Bewegung fand man nicht selten Persönlichkeiten einer Guru-Art, jene, die immerfort für alle sprachen, häufig ohne vorher ein Votum der Basis eingeholt zu haben.⁴⁹

Trotz allem muß aber der Mut jener ersten Akteure des 89er Umbruchs hoch gewürdigt werden. Sie setzten die politische Bewegung in der DDR in Gang. Es war eine Art Initialzündung, und die sich daran beteiligten und den Prozeß noch eine Weile anführten, ahnten freilich weder seine Dimension noch sein Ziel. Dieser Mut und die Inspiration, die von ihm ausging, waren aber nicht von der Art, die den Erfolg im strategischen Handeln erzwingt und die Mühen des politischen Tagesgeschäfts erduldet. Dies blieb bekanntermaßen anderen vorbehalten.

MfS-Quellen zeigen darüber hinaus an, daß die Radikalisierung der allgemeinen Stimmung und die politischen Forderungen Ende Oktober/Anfang November von der Bevölkerung selbst ausgingen. In dem vom Chef der Kreisdienststelle Erfurt des MfS, Oberst Schneeberg, unterzeichneten Maßnahmeplan war von der Information der Partei an entscheidender Stelle die Rede gewesen. Die „Parteiinformationen“ über die konkrete politische Entwicklung im Territorium erfolgten in diesen Wochen fast täglich. Die Genossen wurden bereits fünf Tage, nachdem Egon Krenz Honecker als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED abgelöst hatte, über die Stimmung in Erfurt informiert. Um wirklich Vertrauen herzustellen, müsse Krenz die angekündigte Wende, die Erleichterungen im Reiseverkehr usw. unverzüglich in die Tat umsetzen. Minutiös wurde auch auf weitverbreitete Skepsis oder Ablehnung eingegangen:

⁴⁹ Der Autor war vom Herbst 1989 bis Frühjahr 1990 Sprecher des Neuen Forums in der Stadt Jena. Als solcher hatte er auch während der entscheidenden Wochen und Monate Republikspreeherversammlungen in Berlin besucht. Es ist eine Tatsache, daß wir anfänglich die Tausende Unterschriften auf den Listen zur Unterstützung des Anliegens des Neuen Forums für Mitgliedschaften hielten. Mitglieder wurden erst ab Frühjahr 1990 geworben. Zu diesem Zeitpunkt war aber das Interesse an unserer Vereinigung bereits deutlich reduziert. Einem Trend folgend, hatten wir Ende Oktober thematische Arbeitsgruppen gebildet. Es dauerte nicht lange, bis sich eine Initiative zur Gründung von Ortsgruppen zu Wort meldete. Die Folge war ein erhebliches Gerangel um Kompetenzen, das sich lähmend auf unsere Arbeit auswirkte. Später konnte dann mancher Akteur der Irritationen als IM enttarnt werden. Die aus verständlicher Unerfahrenheit und bestimmten politischen Intentionen herrührende, teilweise extrem basisdemokratische Ausrichtung der Vereinigung machte vor allem bei den Republikspreehertreffen eine gemeinsame politische Willensbildung beinahe unmöglich. Bisweilen verhinderten Persönlichkeiten wie Bärbel Bohley oder Jens Reich das gänzliche Scheitern der Versammlung. Daß sie dies vermochten, verdankten sie einem ganz besonderem Status, der es ihnen gestattete, gelegentlich außerhalb der Geschäftsordnung zu agieren.

„Egon Krenz wird in die Kategorie der Betonköpfe eingeordnet, der an die anstehenden Probleme mit veralteten Methoden des Führungsstils herangehen wird. [...] Die Wahl des neuen Generalsekretärs wird als taktische Fehlentscheidung eingeschätzt. [...] Wie kann man den alten Stalinisten und Säufer an die Macht lassen? [...] Es konnte nicht schlimmer kommen.“⁵⁰

Am 31. Oktober hieß es in der MfS-Information an die SED: „Zunehmend ist zu erkennen, daß das Stimmungs- und Reaktionsbild entscheidend von dem bisherigen Verhalten von Partei- und Staatsfunktionären geprägt und bestimmt wird und somit Forderungen nach personellen Veränderungen zunehmen, bezogen auf die Partei- und staatliche Leitung bis hin in die jeweiligen betrieblichen Einrichtungen.“ Im weiteren wurde ausführlich auf eine wenige Tage zuvor stattgefundene „Dialogveranstaltung“ zwischen der Staats- und Parteispitze des Bezirkes und der Bevölkerung unter Einbeziehung von Vertretern der Opposition in der Erfurter Thüringen-Halle eingegangen, wobei das Volk zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus bestellten Genossen bestand.⁵¹ Unter starken Protesten hatte Müller im Laufe der Veranstaltung erklärt: „Ich zähle mich zu jenen, die die Wende, was die Politik unserer Partei betrifft, herbeigeführt haben. Ich bekenne mich in diesem Zusammenhang zu meinem Generalsekretär und Vorsitzenden des Staatsrates, Egon Krenz. Es ist kein Geheimnis hier zu sagen, daß er der Initiator dieser Wende war. Sie reden doch von Offenheit.“⁵² Die Kreisdienststelle gab in dem Bericht auch die Kritik am Auftreten von SED-Bezirkschef Gerhard Müller⁵³ weiter – nicht nur durch Anhänger der Opposition, sondern auch durch Mitarbeiter des Staatsapparates. Gerhard Müller trat elf Tage später zurück. Vorausgegangen war der ständig wachsende Druck der Öffentlichkeit auf seine Person sowie sein Scheitern bei der Wahl als Mitglied des Politbüros am 9. November in Ostberlin.⁵⁴ Letzteres war

⁵⁰ BStU, ASt Erfurt, KD Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, Oktober/November 1989

⁵¹ Ebenda.

⁵² Mestrup/Remy: „Wir können hier ja offen reden...“, S. 178.

⁵³ Bevor Gerhard Müller (Jg. 1928) 1980 Chef der SED-Bezirksleitung Erfurt wurde, war er bereits mehr als 30 Jahre im Staats- und Parteiapparat tätig, zuletzt als 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg. In den letzten Jahren des NS-Staates besuchte er eine Lehrerbildungsanstalt in Auerbach im Vogtland. Nach dem Krieg war Müller zunächst Tiefbauarbeiter und Mitglied der SPD, ab 1946 Neu- lehrer und zwischen 1948 und 1950 Schuldirektor. In diesem Jahr erfolgte sein Einstieg in den Apparat als stellvertretender Kreisschulrat in Oelsnitz. Von 1962 bis 1966 absolvierte er ein Fernstudium an der Fachschule für Landwirtschaft in Neubrandenburg. Sein Nachfolger als Chef der SED-Bezirksleitung Erfurt wurde Herbert Kroker (Jg. 1929). Wegen Differenzen mit SED-Politbüromitglied Günter Mittag wurde er 1983 als Generaldirektor des Kombinats Umformtechnik, dem größten Erfurter Betrieb, abgesetzt. Bis 1989 war er Direktor eines Kleinbetriebes für Feuerlöschgeräte in Apolda. Im November und Dezember 1989 leitete Kroker den zeitweiligen Arbeitsausschuß der SED.

⁵⁴ Vgl. Mestrup/Remy: „Wir können hier ja offen reden...“, S. 174 f. Wenige Tage zuvor hatten auch lokale SED-Funktionäre Müllers Rücktritt gefordert. Am 5.11.1989 machte beispielsweise der 2. Sekretär der Erfurter Stadtleitung Klaus Bräunig seinen weiteren Verbleib in dieser Funktion von Müllers Rück-

Gegenstand der Berichterstattung der Zeitung „Das Volk“ am nächsten Tag. Am 1. Juni 1990 wurde Anklage wegen mehrfachen Vertrauensmißbrauchs und mehrfacher Anstiftung zu Untreue und Diebstahl gegen Müller erhoben. Der SED-Funktionär befand sich danach zeitweilig im Gefängnis.

Die detaillierten täglichen Berichte des MfS an die lokale Parteispitze waren zu diesem Zeitpunkt völlig umsonst. Der zentralistisch geführte Apparat war konzeptionslos. Niemand hatte die Zügel mehr im Griff. Es folgte die Periode der Rücktritte auf der regionalen Ebene. Dem SED-Bezirkschef war die Erfurter Oberbürgermeisterin Seibert nach Pfiffen und demütigenden Buh-Rufen auf Dialogveranstaltungen vorangegangen. Ein Stasi-Offizier, der zu ihrem Personenschutz bei einer Kundgebung auf dem Erfurter Rathausplatz gehörte, erinnert sich, daß die Funktionärin angesichts der Proteste fassungslos gewesen sei und in Tränen ausgebrochen war.⁵⁵ Es war die Zeit der diversen Rechtfertigungen, der Selbstverteidigungen, fast jeder im Apparat war auf der Suche nach einer Rede oder Aktion, die sich irgendwie als systemkritisch darstellen ließen. Es war ein Klima, das für Intrigen und Rankünen nahezu ideal gewesen war und zur vollständigen Lähmung des SED-Staates seinen spezifischen Beitrag lieferte. Ein Umstand, dem bis heute nur wenig Bedeutung beigemessen wird.

Einen weiteren Verfall der Autorität von SED und Staat konstatierte die Abteilung XVIII im November, insbesondere nach dem Fall der Mauer. Neben den politischen Forderungen dieser Tage wird vor allem auf die katastrophale wirtschaftliche Situation hingewiesen – ein Problemfeld, das von der Bürgerbewegung kaum wahrgenommen wurde. Auch wurden die Rücktrittsforderungen unter Arbeitern mit spezifischem Nachdruck gestellt:

„[...] die Rosi [Seibert] soll man in den Arsch treten, wenn sie nicht freiwillig geht.“ Oder: „[...] der Müller wartet wohl, bis man ihm den Schädel einschlägt.“⁵⁶ Ohnmächtig nahm das MfS das Anwachsen von Unmut und Aggressivität wahr. In der Bezirksverwaltung fürchtete man das „Kippen der öffentlichen Ordnung“. In einem düsteren Licht sah die Abteilung XVIII nun die Perspektiven der SED und der DDR. So heißt es im Tagesbericht vom 16. November: „Einheitlich wird davon ausgegangen, daß die SED bei bevorstehenden Wahlen zu Volksvertretungen bzw. allgemein im gesellschaftlichen Leben kaum eine

tritt abhängig. Die Abwesenheit des SED-Chefs auf der Großkundgebung am 3.11.1989 auf dem Domplatz hatte unter den Zehntausenden Teilnehmern eine sehr aggressive Stimmung erzeugt. Vgl. ebenda.

⁵⁵ Die Oberbürgermeisterin war am 10.11.1989 zurückgetreten, nachdem sie auf mehreren Dialogveranstaltungen gescheitert war. Im Staatsapparat herrschte verbreitet die Meinung, sie sei von der Partei verheizt worden. „Bei der eigenen Verkündung ihres Rücktritts vor dem Mitarbeiterbestand des Rates der Stadt waren ca. 80 Prozent emotional tief berührt und erregt, und einige brachen sogar in Tränen aus“, heißt es in einem Bericht der KD Erfurt zum aktuellen Bild der Reaktion der Bevölkerung in der Bezirksstadt und im Landkreis Erfurt. Vgl. BStU, ASt Erfurt, KD Erfurt, vorsortiertes Material, November 1989.

⁵⁶ BStU, ASt Erfurt, Abt. XVIII, vorsortiertes Material, November 1989.

Chance hat.“ In dieser Lage schien zum ersten Mal die deutsche Wiedervereinigung am Vorstellungshorizont der Abteilung XVIII aufzuleuchten. In dem zitierten Bericht heißt es weiter: „Dargelegte Gedanken von westdeutschen Politikern zur Frage der deutschen Wiedervereinigung erscheinen jetzt in einem ganz neuen Licht. Die miserable politische Führung hat einem eventuellen Umschwenken der Meinung der Massen in Richtung Wiedervereinigung ökonomisch nur noch wenig entgegenzusetzen.“⁵⁷ Das befürchtete Umschwenken der Meinung war zu dieser Zeit allerdings bereits in vollem Gange.

3. Der Weimarer Brief und die Emanzipation aus dem „Block“

„Graue Mäuse“ nannte ein Offizier des MfS die im „Demokratischen Block“ unter der Führung der SED vereinten Blockparteien CDU, LDPD, NDPD und DBD. Das traf im wesentlichen bis in den Frühsommer 1989 zu. Seitdem gab es auch hier – wenn auch diplomatisch verhalten – kritische Stimmen. Die setzten nach der Fälschung der Kommunalwahlen vom Mai ein, insbesondere von seiten der CDU und dort vor allem durch den Druck christlicher Bürger. In Erfurt registrierte das MfS entsprechende Äußerungen aus Kreisverbänden dieser Partei, in Jena geschah es erstmalig, daß der Kreisvorstand der CDU, natürlich in vorsichtigen und mit Bedacht gewählten Worten, das Zustandekommen des Wahlergebnisses und dieses selbst in Frage stellte.⁵⁸ Der Druck von der Basis auf die Parteileitungen verstärkte sich, als die Fluchtwelle in jenem Sommer answoll und die Leitungsgremien im alten Stil devoter Unterwürfigkeit gegenüber den Einheitssozialisten verharren. Eine Ausnahme machten dabei die Ostliberalen, deren Vorsitzender, Manfred Gerlach, sich noch vor dem 7. Oktober offen für Reformen aussprach.

Am 19. September ging aus der Berliner MfS-Zentrale ein Schreiben an den Stellvertreter Operativ der Erfurter MfS-Bezirksverwaltung, Oberst Hausburg. Mielke hatte nicht ohne Grund die Weisung erteilen lassen, „kurzfristig eine Einschätzung über politische und politisch-operativ beachtenswerte Aspekte der Lage in den befreundeten Parteien zu erarbeiten.“⁵⁹ Als Termin war der 30. September gesetzt. Es sollte herausgefunden werden, wie Mitglieder und Funktionäre der Kreis- und Bezirksverbände zur Politik der SED und zur obligatorischen Bündnistreue stehen, welche Haltungen Mitglieder und Funktionäre dieser Parteien zur politischen Entwicklung in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Staaten und vor allen zu „feindlichen Personen“ und „reaktionären kirchlichen Kräften“ an

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Der Autor war Zeuge der konstituierenden Sitzung der Jenaer Stadtverordnetenversammlung Ende Mai 1989. Dort hatte Ruth König, Mitglied des Jenaer CDU-Kreisvorstandes, diese Erklärung im Namen des Kreisvorstandes verlesen. Am Tag danach wurde der CDU-Kreisvorsitzende Werner Müller zur SED-Kreisleitung bestellt, wo ihm „Verletzung der Bündnispflicht“ vorgeworfen wurde.

⁵⁹ BStU, ASt Erfurt, Abt. XX, ZMA, Bündel 126 (unerschlossenes Material).

den Tag legen. Darüber hinaus sollten alle Kontakte zu Parteien in der Bundesrepublik sowie in Westberlin überprüft werden.⁶⁰

Einer der Gründe für dieses Mißtrauen lag im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung Erfurt. Am 10. September hatten vier Mitglieder der CDU, unter ihnen der Chefredakteur der Thüringer evangelischen Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“ und spätere Präsident des Thüringer Landtages, Dr. Gottfried Müller,⁶¹ einen „Brief aus Weimar an die Mitglieder und Vorstände der Christlich-Demokratischen Union“ veröffentlicht. In dem Schreiben forderten die Parteireformer die Weiterentwicklung der innerparteilichen Demokratie, die Profilierung der Ost-CDU noch innerhalb des Rahmens der „Nationalen Front“ und vor allem ein entschlossenes Herangehen an die aktuellen gesellschaftlichen Probleme. Zielrichtung des Vorstoßes waren Reformen in der Gesellschaft und ein Angriff auf die Parteispitze, die sich politisch nicht bewegte, insbesondere auf den Parteivorsitzenden Gerald Götting. Die politischen Forderungen des Briefes blieben zwar hinter denen der Opposition zurück, da die Autoren eher auf Dynamisierung als auf Veränderung des Systems setzten, aber der Effekt war groß. Er bedeutete eine Provokation in der seit Jahrzehnten politisch erstarrten Partei. Allerdings hatten die Verfasser mit Martin Kirchner auch einen Mann des MfS mit im Bunde. Parteivorsitzender Götting wünschte die Entfernung der Reformer aus der Partei.⁶²

Der Reformbrief wurde allen Bezirks- und Kreisorganisationen der Partei zugeschickt. Am 13. September übergab ihn Müller dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Heyl. Vergeblich versuchte die aufgeschreckte Parteispitze, den Brief bei seinen Empfängern wieder einzuziehen. Es kam zu zahlreichen Solidarisierungserklärungen, Kreisverbände schlossen sich nach hitzigen Diskussionen der Erklärung an. Am 15. September benutzte der im Umgang mit den Medien geschickte Müller eine Synodaltagung des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR in Eisenach, um den Vorstoß zur Erneuerung der Ost-CDU der bundesdeutschen Presse vorzustellen.

⁶⁰ Vgl. ebenda.

⁶¹ Dr. Gottfried Müller (Jg. 1934) hatte in Leipzig und Jena Germanistik und Theologie studiert und wirkte anschließend in Jena und Dornburg an der Saale als Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Thüringen. Als Chefredakteur der Kirchenzeitung „Glaube und Heimat“ machte er vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre durch mutige Artikel auf sich aufmerksam, die auf eine Öffnung der verkrusteten gesellschaftlichen Strukturen zielten, wobei zunächst die sowjetische Glasnost- und Perestroikapolitik Vorbild war. Dies erregte den Zorn des DDR-Presseamtes, das uneingestandenermaßen eine Zensurbehörde war, und es kam zu Verboten einzelner Artikel sowie ganzer Ausgaben der Zeitung. Das freilich erhöhte nur die Popularität des Blattes in der Bevölkerung. Mit der Begründung solcher Verbote taten sich die Verantwortlichen übrigens schwer – die absurdeste war die, daß die Arbeiter in der Druckerei sich angeblich weigerten, staatsfeindliche Artikel zu setzen und mit Streik gedroht hätten.

⁶² Vgl. Neubert: Geschichte der Opposition, S. 846 f.

Die „MfS-Serviceabteilungen“ 26 (Telefonüberwachung) und M (Postkontrolle) wurden für die Hauptabteilung XX aktiv. Aus Briefkontrollen ging hervor, an wen die Weimarer Erklärung adressiert war. IM aus den Parteigremien berichteten über die Resonanz, also mehr oder weniger darüber, wie Parteimitglieder und bald ganze Kreisverbände sich mit dem Vorstoß der Reformer einverstanden erklärten. Am 2. Oktober ging an den Leiter der Abteilung XX in Erfurt, Oberst Günter Stark, eine Mitteilung der Berliner MfS-Zentrale, daß durch eine Pressemitteilung in der CDU-Zeitung „Neue Zeit“ der Brief am 4. Oktober legalisiert werde. Die Berliner informierten weiter, daß eine Bearbeitungsgruppe gegründet werden solle und „Unterstützungsbekundungen einiger Kreisverbände“ an den CDU-Hauptvorstand eingegangen seien.⁶³

Das Abhören von Dr. Müllers Telefonaten bei Gleichgesinnten ergab, daß er sich um Unterstützung seiner Initiative bemühte. Es war zeitweise vorgesehen, einen CDU-Sonderparteitag in Karl-Marx-Stadt einzuberufen. Hier, wo ein paar Tage zuvor die Züge mit Flüchtlingen aus Prag in Richtung Westen durchgefahren waren, war die politische Stimmung besonders gereizt. Bereits am 12. Oktober erhielt die Kreisdienststelle Eisenach den Mitschnitt eines IM-Berichtes, der für die Vorbereitung des Sturzes des CDU-Vorsitzenden Götting auf einer Sitzung von Parteigremien in der Zentralen Schulungsstätte in Burgscheidungen an der Unstrut ein entsprechendes Szenarium beschrieb:

„Im Interesse der Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit zwischen den Parteien in der DDR wird Götting eine Rede halten, die den Anwesenden mit Sicherheit nicht gefallen wird. [...] Die Parteispitze der CDU will auf gar keinen Fall, daß diese Veranstaltung genutzt wird, eine Art Neues Forum in der DDR zu unterstützen. Nach Meinung des Heyl und des OB [Oberbürgermeisters] von Weimar sollte sie vielmehr genutzt werden, um nachzuweisen, daß der Parteienpluralismus nicht nur in der Führungsspitze der SED zu Privilegien geführt hat, die den jetzigen Zustand erzeugten, sondern daß gerade die Anwesenden die besonders privilegierte Schicht der DDR darstellten [...]“⁶⁴

Die Bündnispolitik, heißt es weiter, sei an Privilegierten wie Götting gescheitert. Tatsächlich wurde auf der Sitzung in Burgscheidungen der Vorsitzende unter anderem mit der damals zeitgemäßen Privilegien-Diskussion stark unter Druck gesetzt, so daß er wenige Tage später seinen Rücktritt erklärte. In dem zitierten Bericht an die KD Eisenach wurden der Staatssicherheit offenbar aus Kreisen der Parteiführung der CDU lancierte Götting-Äußerungen bekannt, die dazu dienen sollten, den Parteichef zu diskreditieren: „Wenn das so kommt, wer fährt mich denn dann?“ / „Die schönen Gästehäuser, die ich gebaut habe.

⁶³ Vgl. BStU, ASt Erfurt, Abt. XX, ZMA, Bündel 126 (unerschlossenes Material).

⁶⁴ Ebenda.

Wer nutzt sie denn nach uns?“ / „Wenn Honecker stürzt, dann bin ich weg vom Fenster.“⁶⁵

Die Mitautorin des „Weimarer Briefes“ und spätere Thüringer Ministerin für Bildung und Europaangelegenheiten, Christine Lieberknecht, erinnert sich, daß sie mit Dr. Müller und weiteren reformwilligen CDU-Mitgliedern Götting am 1. November in Berlin zum Rücktritt bewegen wollten: „An jenem grauen Novembertag trafen wir auf einen Vorsitzenden, der nur noch lachen konnte. Mit hochrotem Gesicht saß er da, trank eine Tasse Kaffee nach der anderen, rauchte eine Zigarette nach der anderen und lachte und lachte schallend in die völlig entsetzte Runde“. Schließlich sei Götting hinausgegangen und habe gesagt: „Den Rücktritt als Präsident der Volkskammer habe ich mit Bravour erledigt. Ich werde auch dieses erledigen.“⁶⁶ Am nächsten Tage meldeten die ostdeutschen Medien seinen Rücktritt.

Im Verlaufe des Oktober waren die anderen Blockparteien in ähnlicher Weise in Bewegung geraten. Als am 9. November die Mauer geöffnet wurde, herrschte auch hier eine Art Aufbruchstimmung, und zwar zu gänzlich neuen politischen Horizonten. Nun erst zeigten sich die Gründe für das Unbehagen in der MfS-Zentrale vom September im vollen Ausmaß. Die CDU beispielsweise benötigte von da ab nur noch wenige Wochen, um auf den Kurs der bundesdeutschen Christdemokraten gebracht zu werden. Sie spielte nun in der zweiten Hälfte des Umbruchs, in dem die Weichen auf die deutsche Vereinigung gestellt wurden, die zentrale und die entscheidende Rolle: Sie besaß ein intaktes Netz an Kreisverbänden und eine entsprechende Infrastruktur, eine unerläßliche Voraussetzung, wenn man Wahlen gewinnen will. Außerdem war die Führung der Bundesrepublik durch die Ost-CDU, aber auch durch die LDPD, nun schon in einer noch nicht demokratisch legitimierten Volkskammer vertreten. Alle anderen mußten sich am 18. März 1990 erst ins letzte DDR-Parlament wählen lassen und hatten damit – wie man heute weiß – gewisse Schwierigkeiten.

Was die Einflußnahme des MfS auf diese Prozesse betrifft, so geht aus den Unterlagen der Dienststelle Erfurt lediglich hervor, daß sie observiert wurden. Die operativen Möglichkeiten waren zumindest im Oktober, als die Blockparteien zu neuem politischem Leben erwachten, begrenzt, weil die zur Verfügung stehenden IM zu dieser Zeit an die Bürgerbewegung gebunden waren. Überlegungen, inwieweit die IM in den Blockparteien die Bewegung noch hätten steuern können oder gar gesteuert haben, sind spekulativ.

Als nach der Maueröffnung in sehr kurzer Zeit die Westorientierung der Parteien erfolgte und damit die politische und wirtschaftliche Ordnung der DDR generell und radikal in Frage gestellt und schließlich überwunden wurde, vermochte das MfS dem nichts mehr entgegenzusetzen. Zu dieser Zeit war es zuerst mit seiner Umstrukturierung zum Amt für Nationale

⁶⁵ Ebenda.

⁶⁶ Dornheim/Schnitzler: Thüringen 1989/90, S. 271 f.

Sicherheit (AfNS) bzw. Verfassungsschutz und Nachrichtendienst beschäftigt und später mit seiner Abwicklung.

4. Der Übergang zum AfNS. Der Rückzug beginnt

Inzwischen waren weitere Wochen ins Land gegangen, in denen die politischen Veränderungen in der DDR ernsthafte Konturen angenommen hatten. Die Staats- und Parteiführung war vor dem Druck der Bürger auf den Straßen des Landes zurückgewichen und zeigte sich kompromißbereit. Fast gleichzeitig geschah das auch auf der Ebene der Bezirke und der Kreise. Augenfälliges Zeichen dieser veränderten Haltung war der Wandel im offiziellen Vokabular, der sich zuerst in der Presse manifestierte. Nach den erwähnten Unruhen in Arnstadt in den Abendstunden des 7. Oktober war in der SED-Lokalzeitung „Das Volk“ in gewohnter Weise von einer „Zusammenrottung“ von 150 Personen die Rede gewesen, die das Volksfest gestört hätten. Es folgte die beinahe obligatorische Feststellung, daß die „Rädelsführer“ festgenommen seien. Dann kam ein Artikel mit Stimmen von Bürgern aus verschiedenen Schichten der Bevölkerung, die das Vorgehen der Sicherheitskräfte begrüßten. Das war die seit Jahrzehnten praktizierte Methode einer Pressemitteilung in einem solchen Falle, eine Art von ritueller Vorschrift. Noch im selben Monat aber wurde das anders: Aus Anlaß der ersten großen Demonstration in Erfurt am 26. Oktober klangen in einer „Offiziellen Mitteilung“ in demselben Blatt die alten Töne noch einmal an. Diesmal aber hagelte es Proteste von Bürgern und selbst von Redakteuren der Zeitung, die veröffentlicht wurden. Offenbar hatte die Dynamik der Ereignisse nun auch die Redaktion der SED-Bezirkszeitung erfaßt. Intern konstatierte das MfS Kritik am politischen Führungsstil: „In diesem Zusammenhang wird die Frage gestellt, wieso die Parteiführung unseres Bezirkes nicht in der Lage sei, sich wie in Schwerin den Menschen auf der Straße zu stellen.“⁶⁷ Die Demonstranten galten nun als Bürger, die sich Fragen stellten, wie es im Lande weitergehen soll.

Am 4. November hatte SED-Bezirkschef Müller, der zugleich Vorsitzender der für eine mögliche Gewaltanwendung zuständigen Bezirkseinsatzleitung war, in dem Befehl 2/89 über „Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in den Kreisen des Bezirkes Erfurt“ folgendes verfügt: „Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel gegenüber Demonstranten erfolgt nur bei Gewaltanwendung gegen eingesetzte Sicherheitskräfte bzw. gegen Objekte auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung.“⁶⁸ Große Bedeutung maß der Befehl vor allem der Sicherung der Grenze gegen Durchbrüche

⁶⁷ BStU, ASt Erfurt, AKG 10, Bl. 7.

⁶⁸ BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, November 1989.

bei. Die Gefahr von Gewaltakten gegen Demonstranten war damit auch im Bezirk Erfurt erheblich eingeschränkt.

Die SED setzte unter Krenz auf eine Politik des Dialogs mit dem Volk, auf zentraler Ebene wie in den Bezirken und Kreisen. In enger Zusammenarbeit mit dem MfS war die Partei zunächst stark bemüht, die Fäden der Regie und die politische Initiative in der Hand zu behalten. So empfahl die MfS-Bezirksverwaltung Erfurt der SED:

„Entsprechend der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation scheint es erforderlich, gezielte Foren, Vorträge und Diskussionsrunden mit Experten aus allen gesellschaftlichen Bereichen zu organisieren, um breiten Teilen der Bevölkerung Diskussionsmöglichkeiten und damit echte Alternativen zu den Veranstaltungen oppositioneller Sammlungsbewegungen zu schaffen.“⁶⁹

Der öffentliche Dialog hatte also das Ziel, die Opposition zu schwächen. Die erste Dialogveranstaltung fand in Erfurt am 24. Oktober im Rathaus statt. Oberbürgermeisterin Seibert wandte sich an die Kirche und schlug vor, etwa 100 interessierte Bürger mitzubringen. Die kirchliche Seite bestand darauf, daß Vertreter des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs und der Initiative „Frauen für Veränderung“ im Präsidium Platz nehmen dürften.⁷⁰ Der Wunsch, in der etwa 3.000 Menschen Platz bietenden Thüringen-Halle zu tagen, wurde von Seibert mit dem fadenscheinigen Argument zurückgewiesen, daß dort Sportler trainierten. Die Hälfte der Plätze im Rathaussaal war – wie auch bei späteren Veranstaltungen – mit SED-Mitgliedern besetzt worden.⁷¹ Auf den Rathausdialog am nächsten Tag hatte die Lokalpresse hingewiesen. Mehrere hundert Menschen fanden keinen Einlaß und ließen sich nicht wegschicken. Nur das Versprechen, die nächste Veranstaltung doch in der Thüringen-Halle stattfinden zu lassen, half, die zunehmende Aggressivität der Wartenden einzudämmen. Im Saal selbst verlor die SED die Gesprächsinitiative. In Redebeiträgen wurde der SED generell die Fähigkeit zum Dialog abgesprochen. Der Ratssekretär für Inneres, Horst Beuthe, verlor auf der Veranstaltung die Fassung und feierte die Staatssicherheit: „Ich muß sagen, daß unsere Genossen von der Staatssicherheit eine hohe Einsatzbereitschaft und einen hohen Mut und einen Stolz und ein Staatsbewußtsein an den Tag legen und täglich darum kämpfen, daß unser Staat sicher ist zum Wohle der Bürger.“⁷² Dies paßte nicht in eine Regie, die auf eine Dämpfung der Emotionen der Bürger gerichtet war. Zum Ärger der Veranstalter entglitten nun auch die Genossen im Saal ihrer ihnen zgedachten Rolle, indem sie zum

⁶⁹ BStU, ASt Erfurt, BdL S 290, Bl. 34.

⁷⁰ Vgl. Schnitzler: Der Umbruch in der DDR, S. 93 f.

⁷¹ Vgl. ebenda.

⁷² Ebenda, S. 100.

Beispiel die Zustände in der Wirtschaft kritisierten. Neben den Vorwürfen bezüglich des Wahlbetruges wurden zum ersten Mal Rücktrittsforderungen gestellt.

Von Veranstaltung zu Veranstaltung wurde der Partei bzw. den staatlichen Stellen die Initiative immer mehr aus den Händen genommen. Als sich am 3. November etwa 40.000 Menschen auf dem Domplatz versammelten, endete das vom MfS ausgearbeitete Dialogkonzept unter Pfiffen und in tumultartigen Szenen im Fiasko.⁷³

Auch das MfS hatte versucht, sich in den Prozeß des Dialogs einzubringen. Am 8. November gab der Chef der Bezirksverwaltung ein Fernschreiben des noch amtierenden MfS-Chefs Mielke an die Leiter von nachgeordneten Dienststeinheiten weiter, das dem Willen zum Dialog allerdings enge Grenzen setzte. Einladungen zu Gesprächen sollte nur dann Folge geleistet werden, wenn der regionale SED-Chef dies ausdrücklich wünschte. Hätten die Veranstaltungen Massencharakter, so „sollte Verständnis erreicht werden, daß ein direktes Auftreten unzweckmäßig ist“. Lediglich den Einladungen von Arbeitskollektiven, die „ehrlich um Standpunkte und politische Klarheit ringen“, sei jederzeit Folge zu leisten.⁷⁴

Das Fernbleiben der Stasi-Leute auf solchen Veranstaltungen verstärkte den Volkszorn, der sich gerade in diesen Wochen sehr lautstark in Richtung MfS entlud. Als Wochen später Vertreter der Stasi dann doch versuchten, in die Öffentlichkeit zu gehen, hatte sich eine solche Veranstaltung manchmal schon nach nur einer Frage praktisch erledigt. Die Frage lautete gewöhnlich: „Nennen Sie mir die IM, mit denen Sie arbeiten“, und der Offizier sagte daraufhin, daß er die Namen nicht zu nennen gedenke.⁷⁵

Ein aufwendig vorbereitetes Presseinterview des Generalmajors Schwarz in der SED-Bezirkszeitung „Das Volk“, in dem er versuchte, die Umprofilierung des Aufgabenbereiches der Bezirksverwaltung zu erläutern, blieb so gut wie unbeachtet.⁷⁶ Das gleiche gilt für den Protest vieler MfS-Mitarbeiter gegen das peinliche Auftreten von Stasi-

⁷³ Die Beschallung der Großveranstaltung hatte die staatliche Seite übernommen. Es existiert ein vollständiger Tonbandmitschnitt der zahlreichen Redebeiträge und Zeugnisse für die Erregung der Menge. Es ist bemerkenswert, daß es an diesem Abend nur einen Redner gab, der die Praktiken der Staatsicherheit kritisierte. Vgl. „Veranstaltung auf dem Domplatz“; Hauptstaatsarchiv Weimar, BPA, AR BL.

⁷⁴ Vgl. BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, November 1989.

⁷⁵ Der Verfasser war selbst Zeuge einer Veranstaltung, die nach diesem Muster verlief. Zwei Offiziere der Objektdienststelle Zeiss des MfS versuchten sich in der Jenaer Universität den Fragen der Bürger zu stellen. Der Zeitpunkt der Veranstaltung war etwa der 20.11.1989.

⁷⁶ Vgl. Das Volk vom 24.11.1989. Dem Interview von Schwarz war am 16.11.1989 ein Interview des Berliner MfS-Bezirkschefs Siegfried Hähnel vorausgegangen. Vgl. BStU, ASt Erfurt, BdL S 225, Bl. 59.

Minister Mielke vor der Volkskammer am 13. November.⁷⁷ Innerhalb der MfS-Bezirksverwaltung hatte das rufschädigende Medienereignis bei zahlreichen Mitarbeitern geradezu Fassungslosigkeit ausgelöst.⁷⁸ Ein paar Tage später hieß der neue Chef des AfNS Schwantz, und nun begann auch in den Bezirken die Umstrukturierung der alten MfS-Verwaltung zu Bezirksämtern für Nationale Sicherheit. Künftig wollte man nur noch der Volkskammer rechenschaftspflichtig sein und sozusagen lediglich dem Schutz der DDR-Verfassung dienen. Außerdem war im Zuge der Umstrukturierung eine erhebliche Reduzierung des Personalbestandes vorgesehen. Im Bereich des Erfurter Bezirksamtes sollte die Mitarbeiterzahl von knapp 3.000 auf 1.200 reduziert werden. Das ging vor allem zu Lasten der Kreisämter, die bis zum 8. Dezember sämtlich geschlossen wurden. Ein erster Vorschlag der Leitung der Bezirksverwaltung und der Leiter der Kreisdienststellen sah noch ein Kreisamt für drei Kreise vor.⁷⁹ Eingespart und personell gekürzt werden sollte aber auch im Bereich Operativ, vor allem in Teilen der Abteilung XX, deren Aufgabe die inzwischen schwer in die öffentliche Kritik geratene Bearbeitung von Bürgerrechtlern und Kirchenleuten gewesen war. Ehemalige Mitarbeiter berichten, daß die Ausarbeitung der neuen Strukturen und ihrer personellen Besetzung Chefsache der Abteilungen war. Bei einer solchen Reform des Sicherheitsapparates von „oben“ war es naheliegend, daß man sich von einigen Köpfen befreite, um nach außen hin zumindest den Eindruck einer Erneuerung zu erwecken, aber da der Apparat vor allem in seiner Führung erhalten blieb, werden es eher kritische und dadurch bei ihren Vorgesetzten unbeliebte Mitarbeiter gewesen sein, die von nun an um die Entpflichtung nachsuchten bzw. entpflichtet wurden. Prominentestes Opfer der Umbildung zum AfNS in Erfurt aber war der Bezirkschef, Generalmajor Schwarz, der seine Funktion in den ersten Dezembertagen einbüßte.⁸⁰ Sein Nachfolger, Oberstleutnant Schuchardt,⁸¹ bis dahin stellvertretender Chef der Abteilung XV, war nur noch für kurze Zeit – bis zum 28. Februar 1990 – im Amt.

⁷⁷ Vgl. Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, BStU, Berlin 1994, S. 21 f.

⁷⁸ Ehemalige Offiziere der BV bezeugten ihre Erschütterung über den Auftritt des Ministers in der Volkskammer.

⁷⁹ Vgl. „Protokoll der Leitungssitzung des Bezirksamtes für AfNS Erfurt“ vom 22.11.1989; BStU, ASt Erfurt, BdL S 255. Diese Zahlenvorstellungen gelangten jedoch niemals auch nur im Ansatz zur Realisierung, weil die Entlassung der Mitarbeiter anfangs zögerlich verlief und auf Schwierigkeiten und Widerstände stieß. Wenige Wochen später war Entlassung das eigentliche Problem und nicht die gewollte Neustrukturierung. Aus einer Information an das Lagezentrum vom 3.1.1990 geht hervor, daß bis zu diesem Zeitpunkt 721 Mitarbeiter entlassen wurden. 45 von ihnen gingen zum Zoll, 6 zur Polizei, 461 in die Industrie und 189 in andere Bereiche, wie vieldeutig formuliert wurde. Von weiteren 683 Mitarbeitern lagen Entlassungsgesuche vor. Vgl. BStU, ASt Erfurt, Bestand Bürgerkomitee, vorsortiertes Material. Am 7.1.1990 meldet eine Information „Zum Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Erfurt“ die Entlassung von 857 Mitarbeitern. Vgl. BStU, ZA, ZAIG 14274, Bl. 2.

⁸⁰ Schwarz selbst schreibt auf S. 9 in seinen Memoiren „Bis zum bitteren Ende“ zu seinem Rücktritt: „Daß das Ministerium oder Amt [für Nationale Sicherheit] überhaupt noch existierte, merkte ich daran, daß in

Die vom Protokollanten der Bezirksverwaltung Erfurt, Hauptmann Alsen, angefertigten Protokolle von Leitungssitzungen zeigen vor allem in der zweiten Novemberhälfte zunehmende Verwirrung und eine höchst angespannte Situation. Im Entwurf einer Rede aus der zweiten Novemberhälfte beklagte Generalmajor Schwarz unter Hinweis auf die krisenhafte politische Situation, daß das MfS bei der Bezirksleitung der SED als „Meckerer vom Dienst“ bezeichnet worden sei.⁸² Während die Umstrukturierung zum AfNS anlief, zeigte sich, daß die Geheimpolizei in der Umbruchgesellschaft der damaligen DDR deutlich isoliert war. Fast alle scheuten plötzlich seine Nähe. Die alten Sicherheitsbefehlsstrukturen waren zerbrochen. Die Polizei hatte sich vom MfS bereits abgesetzt. Neben ihrem öffentlichen Erscheinungsbild als Verkehrsregulierer anlässlich der großen Demonstrationen gab es unter den Polizisten erhebliche Irritationen, wie mit der neuen Situation umzugehen sei.⁸³ Vorgesetzte empfahlen, sich beim Auftreten größerer Menschenansammlungen zurückzuziehen, um Zusammenstöße zu vermeiden. Es wurden Forderungen nach einer eigenen Polizeigewerkschaft laut, und es gab Parteiaustritte und sogar Mitgliedschaften in der neugegründeten Sozialdemokratischen Partei (SDP).⁸⁴ Wenige Wochen später übernahm die Polizei die Entwaffnung der Mitarbeiter in den Kreisämtern. Die Volkspolizei erwies sich in dem damaligen allgemeinen Trend der Flucht nach vorn wendiger als der Geheimdienst des SED-Staates. Die Kampfgruppen waren erheblich demoralisiert. Massenhaft meldeten sich die Kämpfer ab. Gesundheitliche

der Nacht zum Donnerstag ein Fernschreiben mit dem Befehl zu meiner Beurlaubung kam. Mit Wirkung vom 7.12.1989 wurde ich durch Minister Schwanitz von allen Dienstpflichten entbunden. Ich hatte aber bereits vorher meinen Rücktritt erklärt, weil ich unter solchen Bedingungen nicht mehr weiter arbeiten konnte und wollte. Das Bürgerkomitee hatte mir sein Mißtrauen ausgesprochen, und es gab auch einige wenige Leute in Erfurt, die glaubten, daß das AfNS mit einem neuen Leiter und einer neuen Struktur weiter existieren könne. Dieser Gedanke wurde auch durch leitende Mitarbeiter des AfNS in Berlin genährt.“ Am 3.12.1989, dem Tag vor der Besetzung des Erfurter Bezirksamtes, war er in Berlin auf einer AfNS-Leitungssitzung Zeuge der politischen Sprachlosigkeit der AfNS-Führung unter Schwanitz geworden. „General Schwanitz, der Nachfolger Mielkes, verabschiedete sich schon nach kurzer Zeit, um an der letzten Sitzung des ZK der SED teilzunehmen, das sich an diesem Tag selbst auflöste. Seine Vertreter aber konnten uns auf viele unserer Fragen keine Antwort geben, insbesondere nicht darauf, was aus den vielen tausend Mitarbeitern werden sollte, die aufgrund der Umstrukturierung und Neuformierung des AfNS entlassen werden mußten. Keine Auskunft erhielten wir an diesem Tage auf die Frage, ob die Leiter der Bezirksverwaltungen ebenfalls entlassen werden oder von sich aus zurücktreten sollten.“ Ebenda, S. 7.

⁸¹ Bevor Horst Schuchardt (Jg. 1939) die Leitung des Bezirksamtes zwischen Dezember 1989 und Februar 1990 übernahm, war er stellvertretender Leiter der Abt. XV der BV Erfurt. Sein letzter Dienstrang war Oberstleutnant. Er studierte an der Mühlhäuser Fachschule für Landwirtschaftswissenschaften und an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena und war im Jahre 1970 Diplomlandwirt und LPG-Vorsitzender in Kirchheiligen. Seit Januar 1971 diente er in der Abt. XV der BV Erfurt.

⁸² Vgl. BStU, ASt Erfurt, BdL, Ltr. BV 129.

⁸³ Vgl. „Berichterstattung zu einigen sicherheitspolitischen Aspekten der derzeitigen politischen Lageentwicklung im Territorialbereich“; BStU, ASt Erfurt, KD Erfurt, vorsortiertes Material, November 1989, Bl. 10.

⁸⁴ Vgl. ebenda.

Gründe waren häufig vorgeschoben.⁸⁵ Auch der neue SED-Bezirkschef, Herbert Kroker,⁸⁶ verschob seinen angekündigten Besuch in der MfS-Bezirkszentrale. Ob er ihn dann doch noch durchgeführt hat, ist nicht bekannt. Es hatte allerdings eine Begegnung zwischen Kroker und höheren AfNS-Offizieren am 22. November gegeben. Das belegen persönliche Notizen eines AfNS-Mitarbeiters.⁸⁷

Es ging in den letzten Leitungssitzungen im Bezirksamt des AfNS um die Rückführung oder Tarnung eigener Objekte, um den Transport von Akten und Waffen aus den Kreisämtern. Generalmajor Schwarz forderte in einem Schreiben vom 24. November 1989 unter Bezugnahme auf ein Schreiben des Ministerrates der DDR vom Vortag die Leiter der Struktureinheiten dazu auf, alle OV/OPK-, IM- und GMS-Akten, soweit nicht bereits erfolgt, in das Bezirksamt zu überführen.⁸⁸ Nun kam das Problem der Entlassung zahlreicher Mitarbeiter auf die Bezirksführung zu. Viele gingen zum Zoll, da sich an den Grenzübergangsstellen, die nach dem Fall der Mauer entstanden waren, zunächst Beschäftigung anbot.⁸⁹ Die Übernahme der Mitarbeiter in Bereiche der Volkswirtschaft gestaltete sich vor allem dann schwierig, wenn sie in größerer Zahl an einem Punkt konzentriert wurden. Protesten von Arbeitern oder Angestellten gaben die Leiter von Betrieben nicht selten rasch nach. Das muß auch deshalb verwundern, weil sie in ihrer Leitungsfunktion in früheren Zeiten mit dem MfS ganz offiziell zusammengearbeitet hatten. Mitunter hatten die Stasi-Mitarbeiter ihrerseits Schwierigkeiten, im Drei-Schicht-System zu arbeiten.⁹⁰

⁸⁵ Von der mangelnden Motivation der Kampfgruppenangehörigen, den SED-Staat durch ihren Einsatz zu retten, zeugt ein Bericht des IM „Fritz“ der Abt XVIII der BV Erfurt (Reg.-Nr. IX 804/83) vom 17.10.1989 aus einem Erfurter Großbetrieb: „In Gesprächen während der Ausbildungszeit ist erkennbar, daß nur ein Teil der Genossen bereit ist, an Einsätzen gegen Demos teilzunehmen.“ Die Kampfgruppenangehörigen begründeten dies damit, daß auf den Demonstrationen die Bürger ihre von der Parteilinie abweichenden Meinungen auf friedliche Weise zum Ausdruck brächten. Für wichtiger wurde erachtet, mit den Bürgern akzeptable Gespräche mit konkreten Vorschlägen zu führen.

⁸⁶ Herbert Kroker (Jg. 1929) war wegen Kritik an Politbüro-Mitglied Günter Mittag 1983 als Generaldirektor des Erfurter Kombines Umformtechnik abgelöst worden. Die Nachfolge von Gerhard Müller trat Kroker am 13.11.1989 an. Im November/Dezember 1989 war der als SED-Reformer bekannte Kroker Leiter des zeitweiligen Arbeitsausschusses der SED zur Vorbereitung des Sonderparteitages.

⁸⁷ Vgl. „Persönliche Notizen OSL Eichentopf“; BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, November 1989. Den Aufzeichnungen zufolge sprach Kroker bei der Gelegenheit von 20.000 Austritten aus der SED im Bezirk Erfurt. Weiter ging es um die Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages der SED. Kroker forderte die Geheimdienstler auf, nur die besten Genossen zu delegieren.

⁸⁸ Vgl. „Schreiben von Josef Schwarz an die Leiter der Struktureinheiten“ vom 24.11.1989; BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material, November 1989.

⁸⁹ In den Notizen des OSL Eichentopf über eine Dienstversammlung am 23.11.1989 finden sich Indizien zum inneren Zerfallsprozeß des Bezirksamtes: „[...] gegenwärtig Anarchie im Mitarbeiterbestand. Viele Betriebe und Einrichtungen wollen uns nicht.“ Der OSL notierte außerdem, daß sich etwa 500 Mitarbeiter als Taxifahrer beworben hätten. Vgl. ebenda.

⁹⁰ Vgl. ebenda.

Die ansonsten straffe Disziplin der Truppe schien in diesen Wochen ins Wanken geraten zu sein. Es kam zu Diskussionen über Privilegien höherer Offiziere, andere ließen sich bei Reisen in den Westen erwischen. Es gab keinen Befehl von General Schwarz, dies zu unterlassen, sondern nur eine Bitte. Aber offenbar war diese Bitte mit entsprechendem Nachdruck versehen worden.⁹¹ Hinzu kam am 29. November die Schreckensnachricht, ausgegeben von Schwarz an die Leiter der Struktureinheiten, daß der BND und andere westliche Dienste in das Telefonnetz des AfNS eingedrungen seien und Abwerbungen betrieben. „Alle Mitarbeiter sind über das Vorgehen der Geheimdienste zu informieren und darauf hinzuweisen, solche Vorkommnisse sofort zu melden. Eine entsprechende Mitteilung über den konkreten Sachverhalt ist an den Leiter der Struktureinheit II [Spionageabwehr] zu senden.“⁹² Diese Meldung zeugt nicht nur von einem entsprechenden Mißtrauen den Mitarbeitern gegenüber, denn offenbar wurden deren Telefonate abgehört, sondern auch von den technischen Möglichkeiten der Abteilung III (Funkabwehr), die in der Lage war, Informationen aus dem Äther abzufangen und je nach Bedürfnis für das Abhören zu selektieren.

Das AfNS wollte sich nun auch an der Aufdeckung und Verfolgung von Amtsmißbrauch und Korruption beteiligen. In einer Pressemitteilung vom 7. Dezember bezeichnete sich ein entsprechendes Komitee von Mitarbeitern des Bezirksamtes Erfurt gar als „basisdemokratische Vereinigung“. Das war für eine militärische Organisation, wie die Stasi eine war, eine ziemlich gewagte Bezeichnung.⁹³ Es ist aber nicht auszuschließen, daß es vielen Mitarbeitern mit einer politischen Reform des alten MfS ernst war. In einem Schreiben des Kreisamtes Eisenach an den Chef des Bezirksamtes vom 28. November, unterzeichnet von Major Lutz Walpert, dem stellvertretenden Leiter, wird geäußert: „Unter der Maßgabe des Gesetzes über die Befugnisse und Aufgaben des Amtes für Nationale Sicherheit vertrete ich die Auffassung, daß ein Kreisamt dem jeweiligen Kreistag rechenschaftspflichtig ist.“ Und weiter heißt es: „Wir werden in der Perspektive nicht

⁹¹ Am 10.11.1989 sandte Generalmajor Schwarz an alle Leiter der Struktureinheiten seiner BV ein Fernschreiben, in dem er auf die durch die Öffnung der Mauer am Abend zuvor entstandene Situation einging: „Die Ereignisse überstürzen sich gegenwärtig, aber sie sind für uns auch kontrollierbar, wenn wir diszipliniert und gewissenhaft unsere Arbeit erfüllen.“ Auf die neuen Reisemöglichkeiten eingehend appellierte er: „Im Vertrauen auf unsere Mitarbeiter, bitte ich alle, persönlich von diesen Regelungen keinen Gebrauch zu machen.“ Ein paar Tage später, am 13.11., erließ Generalmajor Mittig eine generelle Rahmenregelung für Reisen von MfS-Angehörigen, die den Aufenthalt u. a. in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin verbot. Diese wurde von Schwarz auch weitergeleitet, offensichtlich aber von den Mitarbeitern nur ungenügend befolgt. Vgl. ebenda. Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit, S. 45.

⁹² Ebenda.

⁹³ Offensichtlich sollte die Mitteilung, die nach außen gerichtet war, auf einen radikalen Wandel hinweisen, den es in diesem Maße nicht gegeben hatte. Als „basisdemokratisch“ bezeichneten sich auch große Teile der Bürgerbewegung. Die Anleihe von dort ist eher opportunistisch zu werten.

mehr in der Lage sein, nur SED-Mitglieder einzustellen.“⁹⁴ Die sich überstürzenden Ereignisse haben allerdings eine Prüfung nicht mehr zugelassen. Aber noch etwas ist bei diesen Reformansätzen bemerkenswert: Von der Beschneidung der erheblichen exekutiven Vollmachten des MfS/AfNS und der Überwindung des militärischen Charakters dieses Dienstes war zumindest im Bereich des Bezirksamtes Erfurt nicht die Rede. Deshalb war die ostdeutsche Geheimpolizei in ihrem Selbstverständnis auch in der letzten Phase ihrer Existenz noch weit entfernt von den Diensten demokratischer Staaten.

In dem Erfurter AfNS-Bezirksamt herrschte in der zweiten Novemberhälfte eine Art Endzeitstimmung. Man war auch überrascht über den Haß, der den Mitarbeitern aus der Bevölkerung entgegenschlug. Einige berichteten, daß man sich in dieser Zeit vor allem um das Schicksal von Frauen und Kindern sorgte.⁹⁵ Es hatte gelegentlich den Anschein, daß das ehemalige MfS allein die ganze Schuld des untergehenden Staates zu tragen habe. In dem Maße, wie Entwicklung oder Inszenierung dieser Sicht gelang, konnten sich andere aus ihrer Verantwortung stehlen. Es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß der 4. Dezember, der Tag, an dem entschlossene Bürger am Morgen in Erfurt und am Abend in Leipzig die Bezirkszentralen der einst so mächtigen Stasi besetzten, sehr nahe am Datum des „Wendeparteitages“ der SED zur SED-PDS und am Datum anderer Parteitage (zum Beispiel der CDU und des Demokratischen Aufbruchs) steht. Ihre Beschlüsse waren entscheidende Weichenstellungen für die Dynamisierung der politischen Entwicklung, die vielfach mit einem durch seine Vergangenheit erheblich belasteten Personal vollzogen wurde. Große Teile der Bürgerbewegung banden ihre Energien an die Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit und büßten damit politische Initiative ein.

5. Die Herbstereignisse in Mühlhausen aus der Sicht des Leiters der Kreisdienststelle

Über die Situation in einer Kreisdienststelle in den Herbstwochen des Jahres 1989 hat sich der letzte Chef der ehemaligen Kreisdienststelle, Günter Siegel, ein früherer Oberstleutnant, zu Wort gemeldet. Er schrieb einen Beitrag für ein Projekt der Westfalen-Universität Münster unter dem Titel „Mühlhausen 1989/1990. Die Wende in einer thüringischen Kreisstadt“. Seine Sicht der Ereignisse deckt sich im wesentlichen mit der der anderen befragten ehemaligen Offiziere.⁹⁶

⁹⁴ BStU, ASt Erfurt, BdL S 225, Bl. 30 f.

⁹⁵ Aussage von Günter Siegel, ehemaliger Leiter der KD Mühlhausen, und anderen MfS-Offizieren.

⁹⁶ Josef Lütke Aldenhövel, Heinz Mestrup und Dieter Remy gaben im Auftrag der Westfalen-Universität zu Münster die Dokumentation „Mühlhausen 1989/90. Die Wende in einer thüringischen Kreisstadt“ heraus. In dem bereits 1993 in 2. Auflage erschienenen Buch schildern Vertreter aller gesellschaftlichen

In diesem Grenzkreis an der Peripherie des Bezirkes begann – wie in vielen ländlichen Gebieten – die Formierung der Opposition später als in den größeren Städten:

„[...] von einigen Veranstaltungen konnten wir uns Tonbandmitschnitte verschaffen. Recht schnell ergab sich ein guter Überblick über die Exponenten der Bürgerbewegung, und die KD begann Dossiers über sie anzufertigen, die aber Anfang November aufgrund einer zentralen Weisung wieder vernichtet wurden, da kein Material gegen ‘Andersdenkende’, insbesondere gegen Vertreter der Bürgerbewegung und der neu entstandenen Bürgerinitiativen mehr angelegt werden durfte, eine m[eines] E[rachtens] richtige Entscheidung.“

Es sei nicht mehr gelungen, wie ursprünglich vorgesehen, geeignete IM in die Führungspositionen der Mühlhäuser Initiativgruppen zu lancieren. Hierzu sei die Zeit zu kurz gewesen, denn noch im Oktober, nachdem am 18. Oktober Egon Krenz die Führung der SED übernommen hatte, sei vom Bezirk der Befehl gekommen, den Beginn des Dialogs nicht durch offensive Maßnahmen zu stören. An eine „Zersetzung“ der Mühlhäuser Bürgerinitiative, die aus Vertretern mehrerer Gruppen bestand und sich Anfang November den Namen „Initiativgruppe Veränderung jetzt“ gab, war, so Siegel, überhaupt nicht mehr zu denken.⁹⁷

Zu dem vieldiskutierten Problem einer möglichen Gewaltanwendung äußerte sich der ehemalige Oberstleutnant wie folgt: „Der Einsatz bewaffneter Kräfte, also gewaltsames Vorgehen, stand meines Wissens richtigerweise weder in der Parteiführung noch im MfS oder bei anderen bewaffneten Organen der DDR nach dem 7. Oktober je zur Debatte.“⁹⁸

Er habe sich, so Siegel, als Zeuge mehrerer Veranstaltungen davon überzeugen lassen, daß die Entwicklung nicht mehr umkehrbar war. Den ersten Demonstrationen in Mühlhausen sei aber eine große Gefahr immanent gewesen, nämlich eine aus spontanem Handeln erwachsende mögliche Eskalation der Gewalt. Man habe nicht gewußt, wie die andere Seite reagieren würde, inwieweit die Proteste zügelbar wären, ob es Kurzschlußreaktionen oder Provokateure geben würde.

Als am 22. Oktober einer der ersten größeren Protestmärsche in Erfurt mit etwa 2.000 Teilnehmern der Kreisdienststelle näherkam, befand Siegel sich in seinem Dienstzimmer, in ständiger telefonischer Verbindung mit dem Chef der BVfS, Generalmajor

Bereiche der Stadt den politischen Umbruch lokalbezogen aus ihrer Sicht. Unter den Autoren befindet sich auch Günter Siegel. Die Veröffentlichung seines Beitrages war in Mühlhausen nicht unumstritten. Die Herausgeber haben darauf hingewiesen, daß für die inhaltliche Richtigkeit die jeweiligen Autoren verantwortlich sind.

⁹⁷ Ebenda, S. 212.

⁹⁸ Ebenda, S. 212 f.

Schwarz. Zu den Vorwürfen von Bürgerrechtlern, es habe ein Schießbefehl existiert, erklärt der ehemalige Leiter der Kreisdienststelle:

„Während der ersten zwei Demonstrationen waren die Mitarbeiter tatsächlich bewaffnet in den Häusern der KD verteilt, da niemand absehen konnte, was uns erwartete. Die Zimmer waren wie immer um diese Zeit verdunkelt, damit kein Anlaß für Auseinandersetzungen geboten wurde, der offizielle Dienst war ja zu Ende. Ich hatte, wie in einem militärischen Organ üblich, rechtzeitig vor der abzusehenden Demonstration meinen unmittelbaren Vorgesetzten, den Leiter der BV Erfurt, um eine Befehlslage ersucht, falls Demonstranten die KD angreifen oder in sie eindringen würden. Da dieses Problem offenbar neu war, bemühte er sich in Berlin um eine zentrale Entscheidung, konnte jedoch keine eindeutige Aussage erlangen (in brenzligen Situationen drücken sich Vorgesetzte häufig vor klaren Entscheidungen), außer der globalen Anweisung, es sei unter allen Umständen zu verhindern, daß eine Kreisdienststelle des MfS gewaltsam gestürmt wird, aber dazu dürfe es erst gar nicht kommen.“⁹⁹

Er habe sich deshalb mit dem Leiter der Bezirksverwaltung auf folgende Vorgehensweise geeinigt, über die auch die Mitarbeiter instruiert wurden: Solange kein Angriff gegen die Kreisdienststelle erfolgt, sollte alles, was sich auf der Straße abspielt, ignoriert werden. Zeichnete sich ein gewaltsames Vorgehen gegen die Kreisdienststelle ab, waren Aufrufe per Megaphon nach vorbereiteten Texten zur Ruhe und Ordnung vorgesehen mit dem Hinweis, militärisches Sperrgebiet zu beachten, da ansonsten die Anwendung der Schußwaffe erfolgen müßte. Gleichzeitig war das Angebot enthalten, mit einer Delegation der Demonstranten sofort zu sprechen und diese in das Gebäude einzulassen. Wäre trotzdem versucht worden – so Siegel –, in die Kreisdienststelle einzudringen, wäre der Einsatz von Nebel- und Reizkörpern von den Fenstern aus erfolgt. Geschossen hätte man erst bei unmittelbarer Gefahr für Leib und Leben der Mitarbeiter und dann entsprechend der Schußwaffengebrauchsvorschrift, das heißt mit Warnung vor Schußwaffenanwendung, Warnschüssen usw. Den Befehl zur Anwendung der Schußwaffe hätte sich sein Vorgesetzter vorbehalten, der Chef der Kreisdienststelle wäre nur in einer außerordentlichen Situation befugt gewesen, nach eigenem Ermessen zu handeln, sollte jedoch alles tun, den Waffengebrauch zu verhindern – soweit die Sicht des ehemaligen Kreisdienststellenleiters, die er mit einer Reverenz an die Verantwortlichen der Bürgerbewegung wegen des friedlichen Verlaufs der Demonstrationen in diesen Tagen verbindet.

⁹⁹ Ebenda, S. 214 f.

Auch Siegel spricht davon, daß in den Novembertagen die höheren Vorgesetzten in Erfurt an der neuen Struktur des AfNS bastelten, die die Kreisdienststellen im Grunde bereits beschrieben hatten. Anfangs sei dies noch in Absprache mit dem Kreisdienststellenleiter geschehen, aber anfängliche Vorstellungen von der Weiterexistenz als Kreisämter des AfNS waren schnell von der Wirklichkeit eingeholt worden.

Chronologisch gesehen ging die Auflösung der Kreisdienststelle Mühlhausen etwa folgendermaßen vor sich: Am 4. Dezember erfolgte die Vorankündigung durch die Bezirksverwaltung, daß die Kreisdienststelle bis zum 12. Dezember 24.00 Uhr zu räumen und die Versiegelung wichtiger Räume und Stahlschränke durch den Kreisstaatsanwalt vorzunehmen sei. Einen Tag später kam aus Erfurt die endgültige Mitteilung über die Auflösung, verbunden mit der Bitte, Vertreter der Bürgerbewegung einzubeziehen. Nur die für die Räumung des Objektes benötigten Mitarbeiter sollten in den Dienstobjekten verbleiben, die anderen seien sofort zu beurlauben. Der Abtransport von Waffen und Munition erfolgte dann vereinbarungsgemäß am Vormittag des 7. Dezember. Dies geschah in großer Hektik, weil nur wenige Mitarbeiter dagewesen seien und die Polizei sich geweigert habe, beim Beladen ihres LKW behilflich zu sein:

„Das Gefühl, auf solch beschämende Weise ‘entwaffnet’ zu werden (die KD hatte vorher mehrfach vergeblich die BV ersucht, die Waffen und Munition – pro Mitarbeiter ca. eine MPi und je eine Pistole, des weiteren insgesamt zwei LMG, zwei Scharfschützengewehre, möglicherweise auch Handgranaten sowie Reiz- und Nebelkörper – aus Sicherheitsgründen ordnungsgemäß zurückzuführen in die zentrale Waffenkammer der BV), hielt die anwesenden Mitarbeiter davon ab, sich tatkräftig für diesen Waffentransport, der übrigens ungesichert nach Erfurt fuhr, einzusetzen.“¹⁰⁰

Am 8. Dezember wurde von der Bezirksverwaltung die Übergabe des Dienstobjekts an den Rat des Kreises Mühlhausen zum 12. Dezember gefordert. Die Versiegelung wurde fortgesetzt und die Zutrittsmöglichkeiten für ehemalige Mitarbeiter weiter eingeschränkt. Einen Tag vor der Übergabe durften die Mitarbeiter ihre persönliche Habe abholen. Die Übergabe selbst erfolgte dann am 12. Dezember gegen 16.00 Uhr an den Vertreter des Rates des Kreises im Beisein des Staatsanwaltes und eines Vertreters der Bürgerbewegung.

¹⁰⁰ Ebenda, S. 219.

6. Die Zeit des Bürgerkomitees

In den Morgenstunden des 4. Dezember versammelten sich zahlreiche aufgebrauchte Bürger vor dem Gebäude des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit in der Andreasstraße. Augenzeugen berichteten, daß in den Tagen zuvor dichte Rauchschwaden von dort aufgestiegen seien und die Bürger zu Recht die Vernichtung von Akten vermuteten. Am Tage zuvor hatten Vertreter des Neuen Forums im Haus des 1982 verstorbenen Regimekritikers Robert Havemann in Grünheide bei Berlin beraten und beschlossen, der Aktenvernichtung Einhalt zu gebieten. Die Erklärung der Grünheider Beratung wurde fernmündlich an den heutigen Oberbürgermeister Erfurts Manfred Ruge durchgegeben, der noch in derselben Nacht für ihren Druck in einer Erfurter Druckerei sorgte. Auch dieser Umstand mag den Bürgerprotest stimuliert haben. In den Medien der DDR spielte der Aufruf, die Aktenvernichtung zu beenden, an diesem Tage eine zentrale Rolle.¹⁰¹

Vor Ort handelten allerdings die Frauen. Kerstin Schön von der Gruppe „Frauen für Veränderung“ gehörte zu den mutigen Frauen, die an jenem tristen Dezembertag gegen das verhaßte Amt mobil machten. Sie hätten aus Berlin von Aktenvernichtungen erfahren und wollten etwas unternehmen. Gemeinsam mit anderen Frauen sei sie zum Rathaus gezogen.

„Intuitiv erwarteten wir, daß auch die anderen Bürgerbewegungen da wären. Doch weder das Neue Forum, noch der Demokratische Aufbruch, es war außer uns kein Mensch da. Wir haben uns dann geteilt, eine Frau hat herumtelefoniert, zwei gingen ins Rathaus. Als Stadtverwaltung, dachten wir, sind die doch genauso verantwortlich, daß da keine Akten vernichtet werden. Das war praktisch die offizielle Information, also: Wir wissen, dort werden Akten vernichtet, und wir fordern die Stadt jetzt auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und dem Einhalt zu gebieten. Das haben die natürlich nicht gemacht. Wir haben an der Stelle dann aber im Prinzip erzwungen, daß wir einen Stadtrat als Scheinlegitimation mithatten. Dann haben wir gleichzeitig noch die Presse und den Rat des Bezirkes informiert und die Staatsanwaltschaft geholt. Währenddessen sind zwei Frauen los und haben in den Betrieben

¹⁰¹ Nach Abschluß seiner Tätigkeit hatte das Erfurter Bürgerkomitee im Dezember 1990 die Broschüre „Geheimdienste – Nein danke!“ als eine Art öffentliche Rechenschaftslegung im Selbstverlag herausgegeben. Matthias Büchner beschreibt darin die Ereignisse im Vorfeld des 4. Dezember: „Die Initiativegruppe traf sich an jenem 1. Advent im Haus der Havemanns in Grünheide, ganz als könne man noch immer Rat von Robert erwarten. Nach harten Diskussionen entstand ein Flugblatt ‘An alle Bürgerinnen und Bürger der DDR’. Es wurde zur ‘Bürgerkontrolle im Wirtschafts- und Staatsapparat’ aufgrund der aktuellen Machenschaften aufgerufen – und wie immer ‘keine Gewalt’. Den Text gab ich sofort telefonisch an unsere Kontaktadresse in Erfurt, Manfred Ruge (jetzt OB), durch. Der Elektroniker Jens Fröbel druckte noch in dieser Nacht fast 4.000 Flugblätter. So konnte am 4.12.1989 mit der sanften Gewalt der Straße die erste Stasi-Zentrale der DDR besetzt werden.“

und Kaufhallen aufgerufen, in die Andreasstraße zu kommen. Der Demokratische Aufbruch und das Neue Forum wurden herbeigerufen. Diese Öffentlichkeit mußten wir herstellen, weil wir doch gar nicht wußten, wie die dort in der Bezirksverwaltung reagieren, ob sie schießen oder verhaften – es war alles möglich.“¹⁰²

Am Morgen des 4. Dezember hatten sich daraufhin die ersten Erfurter gegen 9.00 Uhr vor der Bezirkszentrale des AfNS in der Andreasstraße eingefunden. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Menschenmenge so groß, daß sie die Ausgänge des Gebäudes blockierte. Ein Kranwagen der Erfurter Verkehrsbetriebe versperrte die Einfahrt des Hauptobjektes. Auch Probst Heino Falcke hatte einen „Wartburg“ quer auf die Straße gestellt, um die Ausfahrt zu sperren. Die Bürger an den Eingängen begannen die Taschen der aus- und eingehenden Mitarbeiter zu überprüfen. Die Stimmung war auf beiden Seiten ziemlich gereizt. Unter diesen Umständen entschloß sich die Führung des Bezirksamtes, eine Gruppe von Bürgern zu einem Gespräch hereinzulassen. In einer zentralen Information der AfNS-Spitze wurde das Geschehen aus Sicht der Staatssicherheit beschrieben:

„Mit der Zielstellung der Vermeidung einer nicht auszuschließenden weiteren Eskalation der Ereignisse entschloß sich der Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit, eine Abordnung von zehn Personen zu empfangen, um über das Anliegen dieser Kräfte informiert zu werden und beruhigend auf diese einzuwirken. Während des im Konferenzzimmer des Leiters geführten Gesprächs verschafften sich weitere Personen unter Führung einer Frau Dr. Schön, Kerstin, die sich als Sprecherin eines unabhängigen Untersuchungsausschusses ausgab, ebenfalls gewaltsam Zugang zum Dienstobjekt und begaben sich in das Konferenzzimmer. Bekannt wurde in diesem Zusammenhang, daß Frau Dr. Schön vor dieser Aktion den Staatsanwalt des Bezirkes Erfurt über ihre Absichten in Kenntnis gesetzt hatte, Archivmaterialien und andere Unterlagen im Bezirksamt vor der Vernichtung zu bewahren.“¹⁰³

Der Bezirksstaatsanwalt hatte sich für nicht zuständig erklärt. Statt seiner erschien der Militärstaatsanwalt, der per Telefon den offenbar angetrunkenen Generalmajor Schwarz aufforderte: „Josef, nimm deinen Leuten die Waffen ab, diese Runde haben wir verloren.“

¹⁰² Zitiert nach Dornheim/Schnitzler: Thüringen 1989/90, S. 102. – Tatsächlich ahnten die Beteiligten nicht, worauf sie sich möglicherweise eingelassen hatten, denn das gesamte Territorium um die BV, einschließlich Petersberg, Bezirksgericht und Untersuchungsgefängnis war in vier Verteidigungssektoren eingeteilt. Jeder Sektor war in Verteidigungspunkte eingeteilt, die mit Maschinengewehren und Maschinenpistolen ausgestattet werden sollten. Allein der Verteidigungssektor I, der den direkten Zugang zum Gebäude der BV sperren sollte, war mit 68 solchen Verteidigungspunkten gerüstet. Vgl. „Plan zur Verteidigung der BV Erfurt des MfS“; BStU, ASt Erfurt, BdL, vorsortiertes Material.

¹⁰³ BStU, ZA, ZAIG 3815, Bl. 2. Vgl. Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit, S. 56 f.

Die anekdotenhaft wirkende Begebenheit ist auch deshalb glaubwürdig, weil der General in der Verzweiflung der letzten Wochen geistigen Getränken über die Maßen zugesprochen haben soll. Das berichten ehemalige Mitarbeiter.

Die insgesamt etwa 300 eingedrungenen Bürger, unter denen sich auch Journalisten regionaler Zeitungen befanden, erzwangen eine Objektbegehung. Die Hauptforderungen der in das Bezirksamt eingedrungenen Bürger bezogen sich auf die Besichtigung der Archive und auf Einsichtnahme in Akten von Personen, die selbst unter den Anwesenden waren. „Eine Einsichtnahme in schriftliche Unterlagen konnte verhindert werden“, berichtete Schwarz nach Berlin. Man einigte sich schließlich auf eine große Gesprächsrunde am nächsten Tag. Diese fand dann auch im Kinosaal des Bezirksamtes mit vielen Teilnehmern statt. Nach mehrstündigen Verhandlungen beschloß man die Bildung von verschiedenen Arbeitsgruppen, an denen jeweils ein Offizier des AfNS beteiligt wurde. Ziel war die Sicherung des Aktenbestandes, eine Untersuchung der Arbeit des ehemaligen MfS und schließlich die Auflösung der Geheimdienststruktur auf Bezirksebene. Seitens des AfNS war ursprünglich nur der Einlaß einer zahlenmäßig begrenzten Personengruppe geplant: „Durch den gemeinsamen Einsatz von Angehörigen des Bezirksamtes Erfurt und geeigneten Kräften der Deutschen Volkspolizei vor dem Gebäude des Bezirksamtes sollte das Betreten des Objektes durch weitere Personen notfalls durch körperlichen Einsatz und polizeiliche Hilfsmittel (Schlagstock) verhindert werden.“¹⁰⁴

Interessanterweise gibt es in den Lagefilmen der Deutschen Volkspolizei keinen Hinweis zur Besetzung des AfNS-Bezirksamtes in der Erfurter Andreasstraße. Jedoch meldete die Polizei am Abend, daß 15 Personen, darunter Abgeordnete der Erfurter Stadtverordnetenversammlung, sich über Transporte des AfNS zum Erfurter Flughafen informieren wollten. Es hielt sich das Gerücht, dem zufolge der Geheimdienst versuchte, wichtige Materialien nach Rumänien auszufliegen.¹⁰⁵ Am nächsten Tag wurde aus Gotha gemeldet, daß 2.000 bis 3.000 Menschen vor dem AfNS-Kreisamt demonstrierten, um zu verhindern, daß Unterlagen vernichtet werden. Noch am Abend wurden die Waffen aus der AfNS-Dienststelle in das VP-Kreisamt gebracht, wohin sich zeitweise 14 AfNS-Mitarbeiter geflüchtet hatten.¹⁰⁶

Anhänger des Neuen Forums aus Weimar meldeten der Polizei am 5. Dezember, AfNS-Mitarbeiter brächten Kisten in eine Villa. In der Nacht zum 6. Dezember wurde bekannt, daß sich vor dem Haupteingang des AfNS-Bezirksamtes ein Plakat befindet, auf dem dessen sofortige Schließung, die Entwaffnung aller Mitarbeiter sowie die Bestrafung der

¹⁰⁴ BStU, ZA, ZAIG 3815, Bl. 3.

¹⁰⁵ Vgl. Herz/Lißner: Vom Sicherungseinsatz 40. Jahrestag, S. 103.

¹⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 104 f.

Vorgesetzten gefordert wurde. Am 7. Dezember wurde das AfNS-Kreisamt in Sondershausen durch die Polizei gesichert. In das Gebäude waren bereits Bürger eingedrungen. Am selben Tag besetzte die Bevölkerung das Eisenacher Kreisamt. Am Vormittag des 8. Dezember registrierte die Bezirksdirektion der Volkspolizei einen Anruf: „Wenn Ihr weiter so gegen die Stasi hetzt, spreng ich Euren Sender [gemeint war der Sender Weimar] in die Luft.“¹⁰⁷ Die Situation war also in den Tagen unmittelbar nach der Besetzung des AfNS-Bezirksamtes durchaus explosiv.

Am Tage nach der Besetzung des Bezirksamtes hatte sich im Erfurter Rathaus ein Bürgerkomitee gebildet, das sich aus elf Bürgerinitiativen und Parteien paritätisch zusammensetzte. Die SED wurde auch zugelassen, hatte aber nur Rederecht und durfte sich an Abstimmungen nicht beteiligen. Das Koordinierungsgremium war der Bürgerrat. Ursprüngliche Intention war es gewesen, die politischen Geschicke in der Stadt in die eigene Hand zu nehmen und sie nicht weiterhin kompromittierten Strukturen zu überlassen. Daß dieser Anspruch nicht realisiert werden konnte, hatte verschiedene Gründe. Wenig später wurden Vertreter des Komitees in die Stadtverordnetenversammlung kooptiert.¹⁰⁸ Eine wichtige Aufgabe sah das Bürgerkomitee in der „Auflösung der verkrusteten Strukturen des ehemaligen MfS“, wie Ministerpräsident Modrow am 7. Dezember in einem Brief informiert wurde.¹⁰⁹ Das Komitee forderte weiterhin den Rücktritt von Schwanitz und das Abrücken vom „Alleinvertretungsanspruch einer Partei im neuen Amt“. Gleichzeitig sollte aber ein Apparat zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit erhalten bleiben.¹¹⁰ In diese Richtung konzentrierten sich von nun an die Aktivitäten des Bürgerkomitees nicht nur im Gebäude des Bezirksamtes. Es wurde auch im Rathaus ein Büro eingerichtet, wo Bürger wichtige Hinweise zu dieser Problematik – zum Beispiel auf konspirative Wohnungen – abgeben konnten. Zeitweilig war dieses Büro rund um die Uhr besetzt. Zuvor gab es kurzfristig ein Büro in der städtischen Wohnungsverwaltung. Am 5. Dezember erfolgte ein Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes Erfurt mit der Bitte um breite Unterstützung der Arbeit des Komitees.

Fortan waren Vertreter des Bürgerkomitees auch im Gebäude des Bezirksamtes und an seinen Zugängen als Bürgerwache präsent. Zunächst gab es ausgedehnte Objektbegehungen. Möglicherweise lanciert tauchten Gerüchte¹¹¹ über ein System unterirdischer Gänge

¹⁰⁷ Ebenda, S. 107 f.

¹⁰⁸ Am 21. Februar etablierte sich ein Interimsstadtparlament in Erfurt, das sich aus den alten bzw. neuen Parteien und Bewegungen zusammensetzte. Spätestens dadurch erübrigten sich allgemeine politische Kompetenzen für Bürgerrat und Bürgerkomitee. Aus beiden Gremien begannen nun verschiedene Fraktionen ihre Vertreter zurückzuziehen. Vgl. Dornheim: Politischer Umbruch in Erfurt.

¹⁰⁹ Vgl. BStU, ASt Erfurt, Bestand Bürgerkomitee.

¹¹⁰ Vgl. ebenda.

¹¹¹ Siehe auch Anmerkung 122.

unter dem Petersberg auf, in denen man sogar mit dem Auto fahren könne. Schon bald wurden die Möglichkeiten des Gebäudezutritts für ehemalige Mitarbeiter weiter eingeschränkt und schließlich nur noch im Rahmen der Entlassung gestattet. Weitere Räume wurden versiegelt und das vorhandene Aktenmaterial gesichert. In den ersten Tagen kamen noch Aktentransporte aus den ehemaligen Kreisdienststelle an, die im Untersuchungsgefängnis nebenan zwischengelagert wurden. Das Ordnen des vorhandenen Aktenmaterials wurde schließlich Mitarbeitern des Staatsarchivs überlassen. Dieser Einsatz erfolgte auf Anweisung des Regierungsbeauftragten. Später stellte sich heraus, daß unter diesen Mitarbeitern auch inoffizielle Mitarbeiter des MfS waren.

Wie Dieter Seidel¹¹², ehemaliges Mitglied des Bürgerkomitees, berichtet, zeigten sich die Geheimdienstoffiziere, die den Arbeitsgruppen beigeordnet waren, relativ sachlich und gesprächsbereit, zumindest was allgemeine Dinge anbelangte. Sie neigten jedoch dazu, ausweichende Antworten zu geben. Eine merkliche Abkühlung trat aber erst ein, als die Debatte über das künftige Schicksal der Akten den Vorstellungen der Geheimdienstler zuwiderlief. Seidel war auch unter denen, die in den ersten Tagen nach der Besetzung in die Abteilung XXVI, die Abteilung diverser Abhörmaßnahmen, eindringen. Die riesigen Magnetbandrollen, so berichtet er, seien sehr beeindruckend gewesen. Die dicken Kabel, die ihm den Weg in diese Räume gezeigt hätten, seien offenbar kurz vorher durchgeschnitten worden. Die berüchtigte Praxis des telefonischen Abhörens hatte somit ihr Ende gefunden.

Bereits am Tag nach der Besetzung der Erfurter Geheimdienstzentrale erschien Bernhard Schenk im Auftrage des damaligen Ministerpräsidenten Hans Modrow. Der Regierungsbeauftragte, der OibE der Abteilung XVIII war,¹¹³ hatte offiziell die Aufgabe, die Sicherung des besetzten Bezirksamtes zu koordinieren und schließlich mit einer Regierungskommission, in die auch Vertreter des Bürgerkomitees aufgenommen wurden, die Prozesse der Auflösung des Bezirksamtes zu leiten.¹¹⁴ Einige Mitarbeiter, vor allem der Abteilungen VII und XIX hatten sich zwischenzeitlich in ein Gebäude am Erfurter Flughafen zurückgezogen. Es konnte nicht ausbleiben, daß es zwischen dem Bürgerkomitee und der Regierungskommission zu Spannungen kam, da das Bürgerkomitee – aus welchen Gründen auch immer – nicht oder nur unvollständig über die Maßnahmen und

¹¹² Dieter Seidel (Jg. 1947) arbeitete über Jahre im Erfurter Funkwerk als Diplomingenieur für Automatische Steuerung. Seit dem 5.12.1989 gehörte er dem Bürgerkomitee an. Nach der Zeit des Komitees verblieb er im Außenarchiv Erfurt und gehörte sozusagen zum Mitarbeiterstamm der Außenstelle Erfurt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Zeitweise war er amtierender Leiter der Außenstelle. Seit Frühjahr 1994 ist er Referent des Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen.

¹¹³ Kaderakte Bernhard Schenk; BStU, ZA, HA KuSch, KS 5534/90.

¹¹⁴ Aussage von Mitgliedern des Bürgerkomitees

ihre Hintergründe informiert wurde.¹¹⁵ Das wurde auch nicht anders, als im Februar 1990 der Regierungsbeauftragte weitere Mitglieder des Bürgerkomitees in sein Gremium aufnahm. Belastend wirkte auch die – inzwischen bestätigte – Vermutung, daß der Regierungsbeauftragte Modrows ein Stasi-Mann sei.

Ein „Katz-und-Maus-Spiel“ versuchten auch die aus dem Dienst scheidenden Offiziere mit den Bürgerrechtlern zu treiben. Nächtliches Entwenden von Akten wurde vermutet. Einer der Leiter der Bürgerwache, Dieter Klipphahn,¹¹⁶ ließ daraufhin die Schächte zu den Archiven mit Betonklötzen sichern. Einmal durchbrach ein größeres Fahrzeug, über dessen Ladung es zahlreiche Vermutungen gibt, die Bürgerwache am Haupttor. Verdunklungsaktionen gab es auch bei der Auflösung der MfS-eigenen Sparkasse. Die Ergebnisse der Transaktionen kamen im Januar auch den treuesten der früheren IM zugute, die sich noch einmal erheblicher finanzieller Zuwendungen erfreuen durften.¹¹⁷ Am 7. Januar wurde gemeldet, daß die Arbeitsfähigkeit des ehemaligen Bezirksamtes stark eingeschränkt sei. Es funktionierten lediglich noch die Bereiche Aufklärung und Finanzen. Nur zu deren Akten war der Zugang gewährleistet, alle anderen waren versiegelt.¹¹⁸ Die Zeit der Staatssicherheit, die im Dezember noch einmal den Namen änderte und sich „Verfassungsschutz“ nannte, war endgültig abgelaufen. Der Abtransport aller Waffen war am 5. Januar erfolgt, die letzten Arbeitsverhältnisse endeten am 28. Februar 1990.

Manche Forderungen von Mitgliedern der Bürgerkomitees scheinen aus heutiger Sicht deplaziert, wie etwa der Antrag an den Zentralen Runden Tisch in Berlin vom 15. Februar auf die „vollständige Vernichtung aller Datenträger“.¹¹⁹ Es gab Ängste, daß die

¹¹⁵ Christian Hofmann (Jg. 1951), Mitglied des Bürgerkomitees und der Regierungskommission, sagte aus, daß eine Gruppe von sechs bis acht Mitgliedern des Bürgerkomitees zusammen mit Bernhard Schenk und seinen zwei Mitarbeitern die Regierungskommission bildeten.

¹¹⁶ Der Werkzeugmacher Dieter Klipphahn (Jg. 1940) war seit dem 6.12.1989 einer der Mitorganisatoren der Bürgerwache. Im Februar wurde er deren Leiter. Zur Begründung seiner spektakulären Aktion erklärte er: „Das Klima im besetzten Bezirksamt hatte sich während der ersten Wochen des neuen Jahres erheblich verschlechtert. Es war die Zeit der massenhaften Entlassungen der Stasi-Offiziere. Dazu kam, daß die Polizisten, die mit dem Bürgerkomitee sympathisierten, plötzlich abgezogen und durch andere ersetzt wurden. Dadurch wurde die frühere Sicherheitspartnerschaft zwischen der Bürgerwache und der Polizei stark belastet. Das Vertrauen war nicht mehr gegeben. Es häuften sich die Einbrüche. Gerüchte kursierten, daß Akten verschwänden. Auch gab es einen Mangel an Wachkräften. In dieser Situation ergriff Dieter Klipphahn die Eigeninitiative, indem sämtliche bekannten Zugänge zum Archiv blockiert wurden. Türen und Fenster wurden zugeschweißt, Kellerfenster mit Betonelementen verbarrikadiert und die Eingänge mit Kies zugeschüttet. Ähnliche Sicherungsmaßnahmen wurden etwa zur gleichen Zeit in Chemnitz [damals Karl-Marx-Stadt] und in Rostock durchgeführt.“

¹¹⁷ Gespräch mit Dieter Seidel.

¹¹⁸ Vgl. „Zum Stand der Auflösung des ehemaligen Bezirksamtes Erfurt“; BStU, ZA, ZAIG 14274.

¹¹⁹ Vgl. BStU, ASt Erfurt, Bestand Bürgerkomitee, vorsortiertes Material.

Unterlagen von anderen Geheimdiensten weiterverwendet werden könnten.¹²⁰ Von einer einheitlichen Regelung, wie sie im Stasi-Unterlagen-Gesetz dann formuliert wurde, war damals noch keine Rede. Manche unvollkommene Entscheidung war der unvermeidlichen Unwissenheit derer geschuldet, die sich mutig auf völlig unbekanntem Terrain vorgewagt hatten. Zu ihnen zählten in Erfurt Matthias Büchner, Wolfgang Hase, Christian Hofmann, Elmon Karran, Holger Eisenberg, mutige Frauen wie Kerstin Schön, Elisabeth Kaufhold, Gabriele Kachold und zahlreiche andere. Überhaupt haben die engagierten Vertreter des Bürgerkomitees in dieser Zeit des Übergangs Erstaunliches geleistet, vor allem wenn man bedenkt, daß der hohe Einsatz in einer unwägbareren Situation für viele unentgeltlich war und daß fast alle einer geregelten Arbeit nachgingen, von der nur einige von staatlicher Seite befreit wurden.

7. Stimmen von Zeitzeugen

Barbara Weißhuhn, Mitglied des Bürgerkomitees¹²¹

Frage: Frau Weißhuhn, in den Herbstmonaten 1989 waren Sie in der Initiative „Frauen für Veränderung“ und im Neuen Forum aktiv. Was waren Ihre wichtigsten politischen Vorstellungen?

Antwort: Mein Bemühen war es, daß die verschiedenen Oppositionsgruppen zusammengehen. Ich hatte gehofft, daß dies unter dem Dach des Neuen Forums möglich sein könnte. Die wichtigsten Forderungen dieser Zeit gingen doch alle etwas an: Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, freie Wahlen usw. Das waren Bürgerrechte, die es in der DDR nicht oder nur äußerst unzureichend gab. Ich wollte Demokratie und keine Diktatur, und deshalb war ich – im Gegensatz zu anderen – dafür, daß die führende Rolle der SED abgeschafft wird.

Frage: Es fällt auf, daß – bei allem Engagement – gerade beim Neuen Forum ein erhebliches Defizit an politischer Programmatik zu konstatieren war.

¹²⁰ Vgl. „Antrag des Erfurter Bürgerkomitees an den Runden Tisch in Berlin“; ebenda. Die Auffassung, die Akten zu vernichten, war zeitweise auch an anderen Orten mehrheitsfähig gewesen. Der Autor erinnert sich an Stimmen aus dem Neuen Forum im ehemaligen Bezirk Gera. Das änderte sich erst unmittelbar vor den Wahlen zur Volkskammer am 18.3.1990, als sich die Notwendigkeit einer Überprüfung der Kandidaten abzeichnete.

¹²¹ Barbara Weißhuhn (Jg. 1953) war während des Umbruchs 1989/90 in der Erfurter Frauenbewegung und im Neuen Forum aktiv. Sie studierte Betriebswirtschaft und war zunächst Abteilungsleiterin bei den Erfurter Verkehrsbetrieben. Aus politischen Gründen wurde sie aus ihrer Dienststellung gedrängt, war kurze Zeit arbeitslos und arbeitete schließlich bei einer Erfurter PGH. Heute ist sie freiberuflich tätig.

Antwort: Es war eine schnellebige Zeit. Wir waren plötzlich eine Instanz geworden, die von den Leuten täglich angefragt wurde. Da gab es naturgemäß Aktionismus. Wir hatten kaum Zeit, programmatisch nachzudenken.

Frage: Auch Sie haben im nachhinein erfahren müssen, daß der Einfluß des MfS auf die Gruppen zumindest personell erheblich war. Haben Sie damals etwas davon wahrgenommen?

Antwort: Im Kopf hatten wir das immer. Das war klar, aber es hatte uns dann nicht mehr gekümmert. Irgendwann habe ich geglaubt, wenn die Sache so im Fluß ist, hält das auch die Stasi nicht mehr auf. Natürlich waren wir damals auch naiv und haben so manches nicht mitbekommen.

Frage: Sie waren unter den Frauen, die am 4. Dezember zuerst gegen die MfS-Bezirkszentrale mobil gemacht hatten. Wie lief das ab?

Antwort: Ich wurde früh um 7.00 Uhr von Elisabeth Kaufhold angerufen. „Du mußt sofort kommen, die verbrennen die Akten“, hat sie gesagt. Wir haben uns verabredet, und ich bin dann sofort zur Andreasstraße. Es waren schon zahlreiche Menschen dort. Die Stimmung dort war erstaunlich ruhig und sachlich, obwohl wir alle ein wenig aufgeregt waren. Dann überlegten wir, wie wir die Dinge koordinieren könnten. Es wurde beschlossen, zum Bezirksstaatsanwalt zu gehen, damit die bevorstehende Aktion staatlich sanktioniert werde. Das hielten wir damals für erforderlich. Außerdem sollte der Staatsanwalt kraft seines Amtes die Räume versiegeln. Mit Angelika Schön und Wolfgang Haase bin ich dann zur Staatsanwaltschaft in die Cyriakstraße. Wir haben vom Staatsanwalt verlangt, daß er sofort mitzukommen hat. Er zögerte eine Weile, telefonierte und sagte schließlich, daß er gar nicht zuständig sei. Zuständig in dieser Angelegenheit wäre der Militärstaatsanwalt und der befände sich bereits auf dem Weg zur Stasi.

Als wir zurückkamen, war eine kleine Frauengruppe als erste bereits in das Gelände eingelassen worden. Auch wir beschafften uns sofort mit Erfolg Zutritt. Von Offizieren wurden wir dann durch Arbeitsräume geführt. Es sollte offenbar den Anschein erwecken, als sei dies eine ganz normale Dienststelle, wie andere auch. In der Telefonzentrale wurde gesagt, daß hier nur Gespräche vermittelt würden, und abgehört würde sowieso nicht. Nach und nach drängten dann Gruppen durch den Haupteingang und wurden ebenfalls herumgeführt. Der eine oder andere verlangte sofortige Einsicht in seine Akte, was verweigert wurde. Ich hatte den Eindruck, die Rundgänge waren eine Art Therapie, um die angestauten Emotionen abzufangen.

Frage: Haben Sie eine Erklärung dafür, warum Frauen die ersten waren, die zur Besetzung der Erfurter MfS-Zentrale loszogen?

Antwort: Kann sein, daß das ein Zufall war. Wir waren jedenfalls der Meinung, nicht lange zu diskutieren, sondern zu handeln.

Frage: Die Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung hatte die Gründung des Bürgerkomitees am nächsten Tag zur Folge. Welche Aufgaben hatten Sie übernommen?

Antwort: Ich war Vorsitzende der Arbeitsgruppe, die für MfS-Objekte zuständig war. Zur Wahrnehmung unserer Aufgaben wurden wir von staatlichen Stellen ein Vierteljahr von der Arbeit befreit. In unserem Büro liefen Tag und Nacht Mitteilungen von Bürgern ein, die die Staatssicherheit betrafen. Wir machten es uns zur Aufgabe, diesen ungeprüften Informationen nachzugehen. Manchmal stimmten sie, manchmal wurden wir in die Irre geführt.¹²²

Wir hatten auch beim MfS einen Ansprechpartner, der uns von dessen Leitung zugewiesen worden war. Es war der Oberstleutnant Otto Eichentopf, Chef der Abteilung VIII der Bezirksverwaltung Erfurt. Nach längerem Auffordern übergab er uns dann Listen mit MfS-Objekten. Ich mußte die Feststellung machen, daß da immer die Objekte draufstanden, von denen wir bereits Kenntnis hatten. Eichentopf war ein sehr intelligenter Mann, der sich seine Überlegenheit im Wissen über die Dinge auch anmerken ließ. Dann wurden wir häufig mit dem Argument abgewehrt, daß alles, was mit der Aufklärung zu tun habe, nicht angerührt werden darf wegen des Schutzes des Friedens und der äußeren Sicherheit des Staates usw. Heute wissen wir, daß diese Form der Geheimhaltung eher der Vermögensbildung diene.

Frage: Wie war denn Ihr Verhältnis zum Regierungsbeauftragten Bernhard Schenk?

Antwort: Es war ein sehr gespaltenes Verhältnis. Wir haben zwar damals nicht gewußt, daß er OibE war, aber daß er die Funktion eines Vertuschers hatte, war offensichtlich. Wir haben gehofft, daß ihm nicht alles gelingen wird.

Nach einiger Zeit gründete Schenk eine Untersuchungsgruppe, der auch Vertrauensleute aus dem Bürgerkomitee angehörten. Als dies geschah, wußten wir nicht, daß das auch ein

¹²² Christian Hofmann, Mitglied des Erfurter Bürgerkomitees und dieser Arbeitsgruppe, beschreibt, wie das offenbar geschickt lancierte Gerücht über unterirdische MfS-Objekte unter der historischen Festung Petersberg die Gruppe lange beschäftigte. Es war auch das ein Ablenkungsmanöver. Hofmann sagte weiter, daß man lange Zeit nach MfS-Stützpunkten suchte, die es nicht gab. Da in den Tagen vor der Besetzung viele LKW gesehen wurden, die das Gelände der BV verließen, glaubten manche an einen massenhaften Abtransport von Akten und anderem Material. Und so wurde angenommen, daß es z. B. geheime Bunkeranlagen in den Wäldern außerhalb von Erfurt geben müßte, in denen das Material deponiert sei. Die Bürgerrechtler wußten nicht, daß die LKW Material aus den KD gebracht hatten und wahrscheinlich leer die BV wieder verließen. Hofmann wies darauf hin, daß Bürgerinformationen zur Enttarnung zahlreicher unbewohnter konspirativer Wohnungen geführt hatten. Die waren aber bereits geräumt. Am 24.1.1990 hatte Oberstleutnant Eichentopf der Gruppe eine Liste mit Objekten des MfS übergeben, die nach heutiger Kenntnis als sehr unvollständig bezeichnet werden muß. (Gespräch des Autors mit Christian Hofmann.)

Beitrag zur Spaltung des Bürgerkomitees war. Die einen hatten nun Zugang zu den Akten und den Karteikarten und waren gehalten, über das Gesehene den anderen gegenüber zu schweigen. So etwas schafft automatisch Mißtrauen und ist demotivierend.

Gespräch mit ehemaligen MfS-Offizieren der Bezirksverwaltung Erfurt

Auf Wunsch der Interviewten unterbleibt die Nennung des Namens. Während des Sommers und Herbstes 1989 waren sie mit der operativen Bearbeitung oppositioneller Personenkreise beauftragt.

Frage: Sommer 1989. Zehntausende flüchten in Richtung Ungarn und in Botschaften – auch aus dem Bezirk Erfurt. Der Machtverfall des SED-Staates nimmt spätestens hier seinen sichtbaren Ausgang. In einem zentralen Papier der Bezirksverwaltung Erfurt des MfS wird das „Zurückdrängen“ der Ausreisewilligen als wesentliche Aufgabe angesehen. Wenn Sie sich an diese Zeit zurückerinnern, hatten Sie oder andere Mitarbeiter Ihrer Dienstseinheit das Gefühl, die Lage noch beherrschen zu können?

Antwort: Mir war klar, die Wirtschaft war vollkommen marode und die Versorgung war schlecht. Viele Menschen lebten in erbärmlichen Wohnverhältnissen. Sicher war auch, daß die meisten Posten nicht nach Leistungen, sondern auf der Grundlage von Klüngerleien vergeben wurden. Daher kam der immer größer werdende Drang, die DDR zu verlassen. Dieses Problem konnte mit den politisch-operativen Mitteln des MfS, das heißt mit der Gesamtheit aller Mittel, die wir zur Verfügung hatten, nicht gelöst werden. Die Leute waren in keiner Weise mehr zu überzeugen. Man hätte ihnen höchstens noch eine Kette an den Fuß legen können.

Im MfS hatte nur eine Minderheit von Mitarbeitern mit diesen Problemen direkt zu tun. Von dieser Minderheit war mindestens die Hälfte zu der Einsicht gekommen, daß unsere Methoden der Zurückgewinnung an der Sache vorbeigehen. Die andere Hälfte hatte diese Einsicht nicht und tat weiter wie gewohnt ihre Arbeit.

Wie viele man in den Westen ließ, war eine politische Frage, die letztlich von der Partei entschieden wurde. Für uns bedeutete damals jeder, der weg war, weniger Ärger und Überstunden. Ich bin davon überzeugt, daß man nur mit beschleunigten Ausreiseverfahren den spektakulären Botschaftsbesetzungen hätte entgegenarbeiten können.

Frage: Am 24. September gründet sich das Neue Forum in Erfurt. Zwei Tage später gibt es die erste große Vorstellungsveranstaltung im Augustinerkloster. Andere Gründungsaufrufe machen die Runde. Das war neu und beschleunigte die Dynamik dieses Herbstes enorm. Was hielten Sie persönlich von diesen Gründungen? Gab es dazu Ihnen bekannte widersprüchliche Haltungen unter MfS-Mitarbeitern?

Antwort: Ich persönlich – ich habe das damals auch in der Kreisdienststelle gesagt – war der Meinung, daß das Leute sind, die den Sozialismus verändern, aber nicht abschaffen wollten. Sie waren schon deshalb nicht eigentliche Feinde der DDR, weil sie die Probleme artikulierten, die nun mal anstanden. Wenn das keine Feinde waren, und auch wir wußten, daß es gravierende Probleme gibt, dann hätte man mit ihnen reden müssen. Versuche von sogenannten PID-Gruppen [politisch-ideologische Diversion], sich zu legalisieren, waren übrigens nicht neu. Daß so etwas in einer Situation passiert, wie sie im September 1989 gegeben war, war logisch. Wenn es mit alten Mitteln nicht gelingt, das System zu stabilisieren, dann muß ich andere mit anderen Ideen versuchen zu integrieren. Ich kenne zahlreiche Mitarbeiter, die diese Meinung vertraten, aber eben nicht öffentlich. Uns war klar, daß die Partei mit ihren Erklärungen zum Neuen Forum nicht recht hatte. Ich habe der Gründung einer Dialogplattform, als die sich das Neue Forum zu Anfang verstand, öffentlich zugestimmt. Äußerungen über bestimmte Fragen der Politik oder Wirtschaft haben mich allerdings dann sehr kritisch gestimmt. Das war oft naiv und nicht politikfähig. Die Gruppen kamen aber notwendigerweise, weil die Partei nicht oder zu spät in der Lage war, Antworten auf brennende Fragen zu geben.

Frage: Wenige Wochen später sind die Arbeitsgruppen des Neuen Forums mit einer stattlichen Anzahl von IM besetzt. Dort liegt nun naheliegenderweise ein operativer Schwerpunkt der MfS-Arbeit. Können Sie sagen, ob diese IM etwa ab Ende Oktober – da begannen in Erfurt die großen Demonstrationen – Aufgaben hatten, die vielleicht durchaus neu waren und in Richtung einer Deeskalation der Lage gingen?

Antwort: Das lag auf der Hand: Wir wollten Einfluß nehmen und relevante Informationen gewinnen. Wir wollten die Lage so weit wie möglich stabil halten. Die Verhinderung von Gewalt war eine wichtige Frage. Wir und auch die SED konnten objektiv kein Interesse an der Eskalation der Gewalt haben, weil das Gegengewalt erzeugt hätte, zum Beispiel Gewalt gegen unsere Objekte. Gewalt hätte die DDR damals so isoliert, daß das den sofortigen wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge gehabt hätte.

Wir hatten damals übrigens darauf geachtet, daß unsere Leute in den Oppositionsgruppen auf den sicheren Bänken der zweiten und dritten Reihe Platz nahmen. Eine Führungsfigur macht sich immer schlecht. Die muß auf Mehrheiten hören, nicht sie herstellen bzw. manipulieren mit dem Ziel, die Bewegung zu schwächen und die Macht der Partei zu erhalten. In dieser oder ähnlicher Weise agieren Geheimdienste übrigens seit der Zeit der Pharaonen. Wenn die Spitzenleute IM sind, können bei einer möglichen Enttarnung Dinge passieren, die nicht mehr steuerbar sind. Die Fälle Ibrahim Böhme und Wolfgang Schnur waren solche Fehlbesetzungen, die höchstwahrscheinlich etwas mit der Eitelkeit der betreffenden Personen zu tun hatten. Neue Ziele oder Aufgaben gab es übrigens nicht. Es

waren die alten: Teile und herrsche, bringe sie gegeneinander auf, diffamiere sie, wenn es nützt, nur Sorge dafür, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung nicht hinter sich bringen.

Frage: Waren die Blockparteien, in denen jetzt auch ein Kurswechsel begann und der wenig später durchaus radikaler wurde als die Forderungen der Bürgerbewegung, in ähnlicher Weise im „Visier“ des MfS?

Antwort: Wir hatten auch dort unsere IM, selbstverständlich. Aber erst im Laufe des Jahres 1989 gab es dort vermehrt kritische Stimmen. Vorher waren das „graue Mäuse“. Im November traten sie dann die Flucht nach vorn an, wie und durch wen der Meinungsumschwung dort auch immer vollzogen wurde. Zu Differenzierungsmöglichkeiten oder anderen operativ wirksamen Gegenmaßnahmen unsererseits war es zu diesem Zeitpunkt bereits zu spät. Wir hatten unsere Reserven bereits an die Oppositionsbewegung gebunden.

Frage: Seit dem 9. Oktober war der politische Umbruch auf beiden Seiten im wesentlichen gewaltfrei. Wenn aber tatsächlich der Befehl zum Einsatz militärischer Gewalt gekommen wäre, hätten Sie geschossen? Können Sie etwas zur Haltung anderer MfS-Mitarbeiter sagen? Wie hätten dann die spezifischen Aufgaben des MfS gegenüber denen der Polizei oder der Kampfgruppen ausgesehen?

Antwort: Ich sage das ganz klar: Nein, ich hätte nicht geschossen. Ich habe das schon im Sommer zu meiner Frau gesagt. Ich weiß, daß viele der Mitarbeiter in diesen Wochen irritiert waren. Sie meinten, es bräuchte nichts mehr, zu schießen. Es gab aber sicher auch solche, die auf Befehl geschossen hätten. Aber für andere will ich eigentlich nicht sprechen. Das MfS war niemals dazu strukturiert, allein militärisch handeln zu können. Bedingt durch die vielfältigen politisch-operativen Aufgaben war die militärische Ausbildung überdies vernachlässigt worden. Für eine direkte Konfrontation mit Demonstranten waren übrigens speziell dafür ausgebildete Teile der Polizei und der Kampfgruppen vorgesehen gewesen. Die hatten auch die „Arbeiterwaschmaschinen“ (Wasserwerfer). Das MfS hätte in der Konfrontationssituation die Aktionen koordiniert. Die Weisungsbefugnis gegenüber der Polizei und den Kampfgruppen hatten nicht wir, sondern die Bezirks- bzw. Kreiseinsatzleitung unter der Führung der SED.

Frage: Die politischen Themen dieser Wochen werden innerhalb des MfS nicht undiskutiert geblieben sein. Welche hatten besonderen Stellenwert? Gab es bisherige Verfahrensweisen oder Strukturen, die in Frage gestellt wurden, und wenn ja, welche? Gab es Konsequenzen?

Antwort: Diskussionen gab es in den MfS-Diensteinheiten immer, im Herbst 1989 insbesondere. Wir hatten zum Beispiel im Mai die Partei vor dem Fälschen der Kommunalwahlen gewarnt. Ohne Erfolg, wie bekannt ist. Es ging damals vor allem um die

Privilegien der höheren Offiziere, etwa ab Dienstrang Oberst. In Berlin gab es ein Kaufhaus, das man nur mit einem bestimmten Ausweis betreten konnte. Es ging auch um Privilegien, die sich einzelne selbst herausnahmen, zum Beispiel, wenn Offiziere ihre Fahrer Einkaufen schickten. Wir haben uns über die Medienpolitik amüsiert, weil wir wußten, was in der Berichterstattung alles verbogen und kaschiert wird. Obwohl im MfS immer eine straffe militärische Disziplin herrschte, kann man sagen, daß es durchaus einen politischen Druck von unten nach oben gab.

Frage: Im Laufe des November richtet sich der Zorn der „Straße“ in massiver Weise gegen das MfS. Im Gegensatz zur Polizei sind Sie nicht „Sicherheitspartner“. Worin sehen Sie die Ursachen?

Antwort: Es liegt auf der Hand, daß jene politischen Kräfte der alten DDR, die sich in die neue Zeit retten wollten, einen „Prügelfisch“ brauchten. Das betrifft die SED wie auch die Blockparteien. Die SED brauchte einen Sündenbock für das Unrecht, das in ihrem Namen begangen wurde. Alle diese Kräfte brauchten in der Situation eine Art Salami, die man der rasenden Meute vorwarf. Die Bürgerbewegungen wurden schließlich auch von dieser Welle ergriffen und agierten auf der politischen Bühne als „Stasi-Auflöser“. Das war ausgesprochen naiv. Sie verhielten sich wie die Schlange, die in den Stock beißt, der sie quält. Die Hand, die den Stock führt, haben sie nicht gesehen.

Die Polizei war, wenn Sie so wollen, genauso ein Unterdrückungsinstrument wie die Staatssicherheit. Im Herbst 89 verhielt sie sich ebenso wie alle anderen Kräfte der DDR-Gesellschaft, die überwintern wollten: Flucht nach vorn. Unsere Arbeit war im konspirativen Bereich. Wir konnten nicht demonstrativ den Straßenverkehr für die Demonstranten sperren. Wir waren eine Art „schwarzer Mann“, und es bot sich darüber hinaus an, die Stasi für unpopuläre Dinge verantwortlich zu machen, die die Polizei selbst zu verantworten hatte, zum Beispiel die Mehrzahl der Ablehnungen der Westreiseanträge.

Frage: Nach dem Sturz Mielkes wird das MfS zum „Amt für Nationale Sicherheit“ umgebildet. Schwanitz beschwört neue rechtsstaatliche Grundlagen der Arbeit. Gleichzeitig geht die Umstrukturierung wesentlich zu Lasten der Kreisdienststellen, die spätestens am 12. Dezember „abgeschaltet“ werden. Welche Stimmung herrschte dort, als die Unsicherheit darüber ausbrach, wie es eigentlich weitergehen sollte? Was hielten Sie persönlich von der Gründung des AfNS und den neuen Verlautbarungen?

Antwort: Das AfNS war der Versuch der Modrow-Regierung, das MfS von oben her zu reformieren. Ein Geheimdienst für einen selbständigen Staat mit den Aufgaben, die jeder Geheimdienst in demokratischen Staaten hat. Rechenschaftspflichtig wollte man künftig nicht mehr der Partei, sondern der Volkskammer sein. Nach außen mußten vor allem

Figuren ausgetauscht werden, die diesen Prozeß beschädigt hätten. Dazu gehörte auch der Chef der Bezirksverwaltung Erfurt, Generalmajor Schwarz.

AfNS bedeutete aber vor allem die Verkleinerung des Apparates. Damit waren wir in den Kreisdienststellen so gut wie überflüssig. Man sagte, wenn ihr geht, dann sind wir nicht böse. Es war der Versuch der Selbstrettung der höheren Kaste unter Mitnahme der Treuesten. Ich selbst bat Anfang November um meine Entlassung. Viele gingen zum Zoll. Viele waren durch das permanente Befehlschaos entmutigt und gingen oder wollten gehen, noch bevor Schwanitz von der Verkleinerung des Apparates überhaupt sprach.

Frage: Hielten Sie das MfS ab Mitte November eigentlich noch für einsatzfähig?

Antwort: Schlicht nein! Wir waren zahlenmäßig zu wenige, um mit einem Gewaltakt die gesellschaftliche Entwicklung noch umdrehen zu können. Es fehlten die, die mit gebraucht worden wären: die Kampfgruppen, die Polizei, die Armee. Außerdem wollte und konnte das AfNS die alten Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Sind erst die Leute aus den Kreisdienststellen weg, habe ich auch keinen Einfluß im Volk mehr, denn die kleinen Mitarbeiter bearbeiten die kleinen Leute, die ranghöheren die großen. Da gleichzeitig die Leute des Kommissariats I der Volkspolizei geopfert wurden, hatte man auch den Einfluß auf das kriminelle Milieu verloren. Das kann jederzeit politisch aktiv und gefährlich werden.

Frage: Was haben Sie empfunden, als Demonstranten in Ihrer Dienststelle auftauchten? Wie lief dieser Tag ab?

Antwort: Es waren circa 50 Personen, die sich zuerst Mut zuredeten. Dann waren sie im Garten, später begehrten sie Einlaß. Der Chef versammelte uns um sich und ordnete in Absprache mit der Bezirksverwaltung an, die Bürger einzulassen. Der Leiter fragte nach einem, der es sich zutraut, mit den Leuten zu reden. Ich bin dann rausgegangen. Am Anfang war das Gespräch sehr erregt, dann glätteten sich die Wogen. Die haben gedacht, wir saßen an Mahagoni-Schreibtischen, hätten goldene Wasserhähne und Perserteppiche. Ich war erleichtert gewesen, als mein Dienst für die Stasi zu Ende war. In den letzten Wochen war ich überdies sowieso zumeist zu Hause.

Die Aussagen des ehemaligen Offiziers einer Kreisdienststelle über die Umbildung zum AfNS Mitte November werden unterstützt und ergänzt durch Äußerungen eines ehemaligen Majors der Abteilung III (Funkabwehr) der Erfurter Bezirksverwaltung der Stasi. Auch er hat Gründe dafür, daß sein Name hier nicht genannt wird. Dessen Äußerungen zufolge hatte der Chef seiner Abteilung die Namen der für das AfNS in Frage kommenden Personen auf einer Liste in Absprache mit der Bezirksverwaltung zusammen-

gestellt. Nur wenige der etwa 70 Mitarbeiter dieser Abteilung wurden schließlich in das AfNS übernommen.

Was den Ablauf der Erfurter Demonstrationen angeht, sagen beide Offiziere aus, daß es den Befehl gab, unerkannt mitzumarschieren. Der Major der Abteilung III sagte außerdem, daß bei diesen Gelegenheiten die Dienstwaffe per Anweisung im Objekt zu bleiben hatte. Ziel der Maßnahme war vor allem, die „Rädelsführer“ möglicher Gewalteskalation, aber auch von Oppositionsgruppen, ausfindig zu machen. Der Offizier der Kreisdienststelle berichtete vom Unmut, der die Mitarbeiter in Ausübung dieses Befehls ergriffen hatte. Naheliegenderweise konnte man sich bestimmten Sprechchören, vor allem solchen, die das MfS betrafen – „Stasi in die Volkswirtschaft“ – schlecht entziehen. Später kam dann die Anordnung, die Demonstranten aus dunklen Fenstern zumeist konspirativer Objekte zu beobachten und zu fotografieren.

Nach Öffnung der Mauer, so der Major, begann das westwärts gerichtete Reisefieber auch die Mitarbeiter im Bereich der Bezirksverwaltung zu ergreifen. Die Bitte von Bezirksverwaltung-Chef, Generalmajor Schwarz, nicht zu reisen, wurde immer weniger befolgt. Zuerst reisten die Ehefrauen und wenig später die Männer, sicher auch, um in den Genuß des Begrüßungsgeldes zu kommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß es ehemalige Mitarbeiter gibt, die bis zum heutigen Tag den Boden der alten Bundesländer noch nicht betreten haben.

Schlußbetrachtung

Die aus dem Bestand der Außenstelle Erfurt des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen stammenden Dokumente, eigene Erlebnisse und die Ausführungen von Zeitzeugen erlauben es, wesentliche Entwicklungen in den Umbruchwochen des Herbstes 1989 im Bezirk und vor allem in Erfurt selbst deutlich zu machen. Vieles bedarf noch detaillierter Untersuchung, manches liegt noch im dunkeln. Dazu zählen die genauen Umstände, unter denen sich ein großer Teil des alten Apparates in einer bestimmten Phase der Entwicklung vom MfS erfolgreich distanzierte, oder wie plötzlich ganz andere politische Kräfte – vor allem solche, denen man es nie zugetraut hätte – ab Anfang November der Bürgerbewegung das Heft des Handelns aus der Hand nahmen. Die vorliegende Darstellung deutet diese Dinge nur an oder läßt sie ganz aus.

Wie anderenorts in der ehemaligen DDR war es auch in Erfurt der couragierte massenhafte Bürgerprotest, der in dieser (auch sonst schon krisenhaften) Lage das Machtsystem der SED zum Wanken und zum Einsturz brachte. Dieser Protest stand in einer entscheidenden Phase unter Führung der Bürgerbewegung, obwohl sie schlecht organisiert und politisch kaum definiert war. Die von ihr in Gang gebrachte Dynamik der Ereignisse

ließ Gegenmanöver der SED-Führung, wie zum Beispiel die Angebote zum Dialog, die gerade in Erfurt eine für die Führung vernichtende Resonanz hatten, nicht mehr wirksam werden. Später betraf das die Restaurationsversuche unter der Regierung Modrow, darunter die Umprofilierung der Stasi zum Amt für Nationale Sicherheit oder gar zu einem DDR-Verfassungsschutz.

Im Lauf der Entwicklung geriet das MfS immer mehr in die Kritik und wurde schließlich das Sinnbild des SED-Regimes schlechthin. Das ist in gewisser Weise richtig, aber es war eben nur ein Teil des Systems, wenngleich ein wesentlicher. Daß es innerhalb der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit differenzierte Meinungen zu den Ereignissen gab und Kritik – freilich zunächst im Blick auf den Erhalt des SED-Staates – war auf der Straße so gut wie niemandem bekannt. Die Furcht vor der Stasi wich der Wut über sie. Ganz sicher hätte es im Falle eines Dialogs mit dem MfS aber noch andere Hindernisse gegeben. Die führenden Vertreter der Bürgerrechtsbewegung stammten zumeist aus einer alternativen Szene. Die Stasi-Offiziere frönten einem ausgeprägten militärischen Korpsgeist und hatten zum Teil ein hohes Elitebewußtsein. Es fällt schon schwer, sich beide Seiten an einem Tisch vorzustellen, abgesehen von anderen Verständigungsschwierigkeiten: Der moralische Rigorismus bestimmter Bürgerrechtler war der Stasi naturgemäß fremd. Ihre Leute, insbesondere die jüngeren, dachten zuerst funktional.¹²³ Als die Bürger unter der Führung der Oppositionellen in ihren Ämtern auftauchten, war das für die meisten MfS-Mitarbeiter eine tiefe Demütigung.

Spätestens ab Sommer 1989 war die Stasi mit ihren Möglichkeiten überfordert, dann gelähmt, weil ihr Befehlsgeber, die SED, nichts mehr befehlen wollte. Im Zustand tiefer Irritation über den Gang der Ereignisse kam dann die Umstrukturierung zum AfNS. Das war ein Versuch der Selbstrettung. Es ist aber nicht auszuschließen, daß zahlreiche Mitarbeiter den Willen hatten, mit Reformen auch innerhalb des alten MfS ernst zu machen. Jedenfalls kam es dazu nicht. Im Dezember gab es noch einen weiteren Wandlungsversuch in ein Bezirksamt für Verfassungsschutz. Der stand im wesentlichen nur auf dem Papier.¹²⁴ Ab Anfang Januar war das Bezirksamt nicht mehr arbeitsfähig, das berichten übereinstimmend ehemalige Mitarbeiter und Angehörige des Bürgerkomitees.

¹²³ Mehrere ehemalige MfS-Offiziere sagten aus, daß ihre Bindung an die kommunistische Ideologie nicht mehr so stark ausgeprägt war wie bei den älteren Offizieren.

¹²⁴ Ein „Vorschlag für den Verfassungsschutz der DDR/Bezirksstelle Erfurt“, der nicht genau datiert ist, wahrscheinlich aber aus den Dezemberwochen des Jahres 1989 stammt, sieht für die im Bezirk Erfurt zu lösenden Aufgaben eine Mitarbeiterzahl von 330 vor. Die personell stärksten Bereiche sollten die Spionageabwehr mit 80 Mitarbeitern sowie der Bereich Bekämpfung verfassungsfeindlicher Aktivitäten mit 40 Mitarbeitern sein. 25 Mitarbeiter waren für den Bereich Observation vorgesehen. Sogenannte Kreisbeauftragte sollte es in Weimar, Gotha und Mühlhausen geben.

Die letzten Entlassungen erfolgten zum 28. Februar, abgesehen von einem kleinen Auflösungsstab, der im Gebäude des Rates des Bezirkes noch einige Wochen wirkte.

Mitglieder des Bürgerkomitees wachten in den folgenden Monaten weiter über den in den Archiven vorhandenen Aktenbestand. Als das Komitee nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 entmachtet werden sollte, kam es zu einem Hungerstreik, der in den Erfurter Zeitungen große Beachtung fand.

Das Volkskammergesetz vom 24. August 1990 über die Sicherung und Nutzung der personengebundenen Daten des MfS schuf den ersten gesetzlichen Rahmen für die Tätigkeit in den Archiven. Erster Leiter des Außenarchivs Erfurt des damaligen Sonderbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit war der Erfurter Pfarrer Heinrich Eber.¹²⁵

Die Arbeit des Bürgerkomitees im Gebäude der Bezirksverwaltung in der Erfurter Andreasstraße war ein wichtiger Höhepunkt der Entwicklung im Herbst 1989. Es drückte eine Zeitlang den durch keine andere Instanz gebrochenen Willen der Bürger aus. Es war die Zeit der Runden Tische. Nicht selten wird die Meinung vertreten, es sei die Zeit der wirklichen Demokratie gewesen. Doch im Prozeß der Ereignisse war es eine Übergangszeit mit Zügen eines Interregnums. Nun formierten sich andere Kräfte mit einer eindeutigen politischen Zielsetzung. Der Ausgang ist bekannt.

¹²⁵ Der evangelische Pfarrer Heinrich Eber (Jg. 1915) studierte nach dem zweiten Weltkrieg Theologie in Wittenberg. Ehe er 1987 nach Erfurt kam, wirkte er im Thüringischen Ringleben, in Lauchhammer und Haldensleben als Seelsorger. Heinrich Eber wurde 1991 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AfNS	Amt für Nationale Sicherheit
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AKSK	Arbeitskreis Solidarische Kirche
AR BL	Archiv Bezirksleitung
ASt	Außenstelle
BdL	Büro der Leitung
BND	Bundesnachrichtendienst
BPA	Bezirksparteiarchiv
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BVfS	Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
CDU	Christlich Demokratische Union
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
ELSA	Erfurter Lesben- und Schwulen-Arbeitsgemeinschaft
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
HA KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
Hptm.	Hauptmann
IDZ	Informations- und Dokumentationszentrum
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter, der mit der Sicherung eines gesellschaftlichen Bereichs oder Objekts beauftragt ist
KD	Kreisdienststelle
KP	Kommunistische Partei
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschlands
LMG	Leichtes Maschinengewehr
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LStU	Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MPi	Maschinenpistole
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus

OB	Oberbürgermeister
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
OSL	Oberstleutnant
OV	Operativer Vorgang
PGH	Produktionsgenossenschaft des Handwerks
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UVR	Ungarische Volksrepublik
VEB	Volkseigener Betrieb
VP	Volkspolizei
ZA	Zentralarchiv
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee

Angaben zum Autor

EBERHARD STEIN

Jahrgang 1951; von 1971 bis 1975 Studium der Philosophie an der Universität Jena. Assistent an der Technischen Hochschule Ilmenau; Weggang aus politischen Gründen. Nachfolgend Hilfsarbeiten, journalistische Tätigkeiten. Seit 1992 Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, 1996 Sachgebietsleiter in der Außenstelle Erfurt.